

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf. Telefon Nr. 585

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Selbständigkeit.

Es ist ein Kennzeichen des heutigen Menschen, daß er über Ziele weit eher als über Wege zum Ziele ins Klare zu kommen pflegt und in dem das Ziel bezeichnenden Worte wohl gar die Sache selbst schon zu besitzen meint. So hören wir in unseren Tagen viel von geistiger Selbständigkeit, wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit reden: wenn aber gefragt wird, worauf das Selbst gegründet sein muß, um für sich selber einzustehen und standhaft zu werden gegenüber Irrtümern, Arbeitsunlust, persönlichem und Klassenegoismus in seinen untergeordneten Regungen, so läßt man auf Unsicherheit und schwankende Meinungen.

Viele sind der Ansicht, daß die Selbständigkeit des Geistes und Charakters nur auf dem Wege der intellektuellen (Verstandes-)Bildung zu erreichen sei, und daß es gelte, den Verstand zu überlegenem kritischem Denken zu erziehen; daß ferner durch die individualistische (einzelpersonliche) Selbstsicherheit, Berufsarbeit, Vereinstätigkeit, Teilnahme an großen Kulturbewegungen, soziale Fürsorge, Übernahme von kommunalen Ämtern usw. sich alles Weitere an wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit einfinden werde. Solcherlei Hinweise auf Formen des selbständigen Auftretens rühren jedoch nicht an den Kern der Frage, wie wir dazu kommen können für unser besseres Selbst einzustehen und zugleich für die Gemeinschaft — denn eines gehört zum anderen. Der wahrhaft selbständige Mensch ist auch der wahrhaft soziale Mensch; Selbständig heißt, allem, was zum niederen Selbst gehört, in Freiheit gegenüberstehen und zu jener Stufe der Bollendung gediehen sein, von wo ab Kräfte für gemeinnützige Betätigungen verfügbar werden.

Hochgefühle und Ideen sind die allein verbindenden Mächte. Sie zu haben und ineinander zu erwecken: d. h. sich des Gemeinsamen bewußt werden und dem Gemeinschaftsleben dienen.

(Nach Elfe Hassé.)

Wert und Bewertung der Arbeit.

Motto: Ein Segen ruht im schweren Werke.
 Dir wächst, wie du's vollbringst, die Stärke;
 Befehle, zweifelnd fängst du's an
 Und siehst am Ziel — ein ganzer Mann.

Arbeit ist das Fundament des Volkswohlstandes. Wo immerhalb einer Volksgemeinschaft Fleiß und Regsamkeit sich fand und findet, erblicken wir auch die Erfolge im Hochstand der wirtschaftlichen und geistigen Kultur. Nicht immer hat man die Arbeit geachtet. Wir wissen, daß die Römer und andere heidnische Völker die Arbeit als eine Schande den Hörigen und Sklaven überließen. Wir wissen ferner, daß erst das Christentum der Arbeit den Stempel der Würde aufdrückte. Diese letztere Charakterisierung der Arbeit hat entsprechende Anerkennung gefunden. In Poesie und Prosa haben die Größten des Volkes und Fürsten des Geistes die Arbeit verherrlicht, als Quelle des Volksglücks, des Friedens und Segens. Um nur ein Beispiel herauszugreifen aus dem großen Schatze des Lobes der Arbeit; wer kennt nicht die herrlichen Worte Schillers:

„Arbeit ist des Bürgers Zierde,
 Segen ist der Mühe Preis.
 Ehrt den König seine Würde,
 Ehret uns der Hände Fleiß.“

Diese lobende Bewertung der Arbeit ist noch auf berechtigt. Die Arbeit ist eine Quelle der Volkswohlfahrt. Nur die Betätigung des Fleißes, die Regsamkeit des deutschen Volkes haben es zuwege gebracht, daß unser Vaterland im wirtschaftlichen Leben auf hoher, stolzer Warte steht inmitten des Weltmarktes, daß deutsche Produkte begehrte und geschätzt sind in der ganzen Welt. Das ist die Wirkung deutscher Arbeit, deutschen Fleißes. Wo wäre ohne sie das reichgestaltete blühende deutsche Wirtschaftsleben, das Zeugnis gibt von deutscher Intelligenz und deutscher Schaffenskraft.

Geno unentbehrlich wie für das Volksganze ist die Arbeit für den Einzelnen. Arbeit schafft Werte, geistige und materielle Werte für das Individuum. „Müßiggang ist aller Laster Anfang“ sagt mit Recht das allbekannte Sprichwort. Nur dadurch, daß der Mensch seine Kraft, sein Talent in den Dienst der Allgemeinheit stellt, daß er arbeitet, wird er ein nützliches Glied der Gesellschaft. Die Art der Arbeit ist hier gleich. Die geringste, wie die vornehmste Arbeit ist nur ein Atom, ein Glied jener Gesamttätigkeit, die so segensreich wirkt. Auch der geringste Industriearbeiter kann deshalb mit Stolz auf seine Tätigkeit hinblicken. Er ist ebenso nützlich für die Hebung des Volkswohls, der Kultur, wie derjenige, der sich mit der höchsten Geistesarbeit beschäftigt.

Arbeit, Betätigung regt den Geist an, zwingt zum Denken, zur Überlegung, sofern sie nicht die gebotenen Grenzen der Dauer und der Intensivität überschreitet. Es ist deshalb Pflicht des Staates, die ehrliche Arbeit zu schützen und gegen Auswüchse vorzugehen. Auch er hat Interesse an einem geistig hochstehenden Arbeiterstand. Auch die Arbeiterorganisationen müssen dafür sorgen, daß die Arbeit immer mehr eine Funktion des Denkprozesses wird. Sie können dies dadurch, daß sie Gelegenheit bieten, auf Grund gediegenen Lesestoffes sich notwendige und nützliche theoretische Fachkenntnisse zu erwerben. Dadurch werden die Gewerkschaften immer mehr Sammelplätze der Intelligenz, der Elite der Arbeiterschaft.

Nicht nur geistige Werte, auch materielle schafft die Arbeit. Die Entlohnung der Tätigkeit ist das Fundament der Existenz. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Erst die Arbeit erzeugt jenen fortwährenden Kreislauf des Wertes, der an alle Stände Teile abgibt. Der Müßige dagegen ist ein Parasit am Gesellschaftskörper, ein Schädling. Arbeit ist somit notwendig, für die Gesellschaft — den Einzelnen, für Staat und Familie — für Wohlstand und Kultur.

Man sollte nun meinen, daß die Arbeit entsprechend dieser Bedeutung auch geachtet und gewertet würde. Das ist leider nicht immer der Fall. Eine Reihe von Faktoren sind es, die eine Entwertung der Arbeit bedingen. In erster Linie die materialistische Weltanschauung. Wir sehen dies zunächst an den Vertretern dieser Grundtatsache im Unternehmerlager wie auch an der Sozialdemokratie. Sie würdigt durch ihre materialistische Gesichtsauffassung die Arbeitskraft zur Ware herab, unterstellt sie ausschließlich der Wirkung der Marktgesetze, dem Wechsel von Angebot und Nachfrage. Dadurch wird die Arbeit entwertet. Die Arbeitskraft ist kein Faktor für sich. Sie ist untrennbar verbunden mit der ganzen Persönlichkeit des Besitzers. Mit dem Moment, wo der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, stellt er seine höchsten Güter, Gesundheit, seinen Geist, sein ganzes Sein in den Dienst der Produktion. Durch Vernichtung und Schädigung der Schaffenskraft wird nicht nur er selbst, nein, auch seine Angehörigen, Frau und Kinder, betroffen und geschädigt. Des Arbeiters Streben muß deshalb darauf gerichtet sein, daß solche Grundtatsache im Wirtschaftsleben immer mehr Geltung erlangen, die eine Bewertung der Arbeit nach dieser Seite hin verbürgen, eine Entwertung im Sinne des Materialismus verhindern.

Nur das Christentum ist im Stande dies herbeizuführen. Die christliche Formel: Du sollst, verpflichtet, auch den Arbeitgeber zur Achtung der mit der Arbeitskraft verbundenen Menschenwürde, zur Respektierung der materiellen und sittlichen Existenzbedingungen der Arbeiterfamilie.

Die Arbeit wird aber nicht nur durch prinzipielle Grundtatsache, sondern auch durch wirtschaftliche Übermacht entwertet. Durch die Macht des Kapitals ist der Arbeitgeber im Stande, den Preis der Arbeitskraft herunterzubrüden, zum Schaden der Arbeiter. Das ist verkehrt und ungerecht, auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. Zur Anfertigung eines jeden Produktes ist das Zusammenwirken der beiden wirtschaft-

lichen Faktoren, Kapital und Arbeit, notwendig. Beide Teile haben hierbei ein gewisses Risiko. Der Arbeitgeber hat eventuellen materiellen Schaden zu fürchten, der Arbeiter fürchtet Schädigung höherer immaterieller Güter, Gesundheit usw., jene Gefahren, die ein Symptom unseres hastenden, modernen Erwerbslebens sind. Im freien Arbeitsvertrage ist es dem Arbeiter freigestellt, freiwillig jene Gefahren auf sich zu nehmen. Er kann nicht durch außenliegende fremde Faktoren zur Übernahme dieses Risikos gezwungen werden.

Aus dieser Freiwilligkeit ergibt sich die notwendige Anerkennung der Gleichberechtigung. Dieses notwendige Zusammenwirken von Kapital und Arbeit ist das Fundament der Tarifentwicklung. Der Arbeitgeber ist interessiert an der Erhaltung eines schaffensfreudigen Arbeiterstandes, während der Arbeiter ein gleiches Interesse hat an gutgehendem eristenzfähigem Unternehmen, da nur ein solches ihm Garantie bieten kann für die Sicherung der eigenen Existenz. Der Arbeitgeber wird deshalb Ungerechtigkeiten, Unterdrückungsmaßnahmen usw. nicht ausführen, wenn er das letztere erreichen will.

Ein zu diesem Zwecke sehr geeignetes Mittel ist die gemeinsame Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Sie bietet die Gewähr, daß einerseits die Arbeit ihrer Bedeutung, entsprechend gewürdigt, andererseits auch die Lage des Arbeitgebers berücksichtigt wird. So wird durch die Wirkung des Tarifvertrages eine gewisse innere Umwälzung ausgelöst zum Nutzen beider Teile.

Von diesem Standpunkte aus ist es unerklärlich, daß so viele Arbeitgeber gegen sie Sturm laufen, zum Schaden der ganzen Industrie. Wie ein politisches Volk auf die Dauer sich nicht von der Mitwirkung an der Regierung ausschalten läßt, so wird auch der wirtschaftlich gereifte Arbeiter sich nicht dauernd von der Mitwirkung an der Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zurückhalten lassen. Jeder Widerstand wird hier Kämpfe zeitigen zum Schaden des ganzen deutschen Erwerbslebens, wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Kapital und Arbeit immer mehr untergraben, die Gegensätze zwischen beiden Faktoren immer mehr verschärfen, kurz die Klassenkampfgedanken nähren zum Nutzen der Sozialdemokratie. Das sind weittragende Folgen eines unternützigen Widerstandes, die sich alle in Betracht kommenden Kreise wohl überlegen sollten.

Es ist klar, daß der Abschluß solcher gewerblicher Friedensdokumente, wie es die Tarifverträge sind, das Vorhandensein von festgeschlossenen Organisationen bedingt, die eine strikte Durchführung derselben verbürgen. Hier kommen ganz besonders unsere christlichen Gewerkschaften in Betracht, weil das Christentum erst die Gleichberechtigung aller Menschen festlegte und damit auch die notwendige Grundlage der Tarifverträge schuf. Des fernern auch, weil sie nicht in blindem Haß der einzelnen Klasse das Recht auf Existenz absprechen, sondern weil sie anerkennen, daß alle Stände als gleichberechtigte Faktoren zusammenwirken müssen an der Schaffung einer großartigen Kultur, dann aber auch dasselbe Recht haben, an den Segnungen derselben teilzunehmen. Hier bedarf sich Theorie und Praxis. Das Christentum anerkennt den hohen Wert der Arbeit, gebietet die Bewertung derselben entsprechend der damit verbundenen Menschenwürde, gibt erst die Möglichkeit zur Errichtung einer Gesellschaftsreform, in der der Arbeiter nicht mehr als Sklave unter schwerem Joche, sondern in freier, freudiger Betätigung schaffend, sein Wesen entfalten, seine Anlagen entwickeln kann. Entsprechende Bewertung der Arbeit, Verhinderung ihrer Entwertung durch theoretische Grundtatsache des Materialismus und Maßnahmen eines verbündeten Unternehmertums ermöglichen das Christentum und darum sind des Arbeiters beste Stütze die im Geiste dieser Grundtatsache wirkenden christlichen Gewerkschaften. M. F.

Die gemeinnützigen Einrichtungen der Gutehoffnungshütte in Oberhausen (Rhd.)

Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß der intelligente, also der organisierte Teil der Arbeiterchaft den gemeinnützigen Einrichtungen der Unternehmung eine gewisse Vorliebe, wenn nicht ausgesprochenes Mißtrauen entgegenbringt, weil diese Einrichtungen oft genug zwar als Wohlthat gedacht sind, für die Arbeitnehmer aber nicht viel anderes als schwere Ketten bedeuten, mit dem Endziel, dem ohnehin durch seine wirtschaftliche Schwäche gebundenen Arbeiter auch noch den kleinen Rest von Bewegungsfreiheit zu nehmen. Das Trübsystem, d. h. die Bezahlung der Arbeiter statt im barren Geld mit minderwertigen Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen, das Jahrzehnte lang gewissenlosen Unternehmern auf Kosten der arbeitenden Klasse die Taschen füllte, ist beseitigt oder richtiger gesagt, gut in seinen früheren Formen als beseitigt, während es tatsächlich nach wie vor weiter wuchert, denn zahlreiche Wohnungsverträge, sogen. Wohlfahrtskassen und ähnliche Einrichtungen sind bei genauerem Hinsehen nicht viel anderes als ein umschriebenes Trübsystem, bei dem die Hauptvorteile den „wohlthätigen“ Unternehmern zufallen.

Trotzdem sollten sich die Arbeiter den Blick nicht davon trennen lassen, daß sie sich jeder von den Unternehmern gebotenen wirtschaftlichen Erleichterung von vornherein feindselig gegenüber stellen, sie würden sich dabei leicht ins Unrecht setzen und könnten sich auch manche wohlgemeinte Verbesserung ihrer Lage verschmerzen. Großer Besitz, große wirtschaftliche Macht verpflichtet, wenigstens den rechtlich denkenden Menschen; und wenn Pflichtenfüllung auch keinen Dank verdient, so fordert sie doch zum mindesten Anerkennung und Mißtrauenslösung auch von der anderen Seite; deshalb mußte sich die Arbeiterchaft im eigensten Interesse mit allen gemeinnützigen Einrichtungen beschäftigen, das Gute anerkennen und nehmen, wo es ihr geboten wird.

Ein Meilenstein, das kürzlich die Feier seines 100jährigen Bestehens begangen hat, die Gutehoffnungshütte in Oberhausen (Rheinl.) lenkt durch ihre ausgebreiteten Einrichtungen gemeinnütziger Art die Aufmerksamkeit auf sich. Die erste zuverlässige Angabe über ihre Arbeiterzahl geht in das Jahr 1828 zurück und zwar waren damals auf der alten Gutehoffnungshütte, die Hochofen, Gießerei und Maschinenfabrik vereinigte, außer Kohlenbrennern und Solzhauern 279 Arbeiter beschäftigt; dann erweiterte sich der Betrieb um eine Schmelzerei und bis 1849 stieg die Arbeiterzahl mit der Anlage eines Puddel-, Stab- und Schienenwalzwerkes, sowie mit dem Abbau eigener Erzfelder auf 2000; durch Vergrößerung der bestehenden und Eingunahme neuer Betriebe wuchs die Arbeiter- und Beamtenzahl von Jahr zu Jahr. 1890 sind es insgesamt circa 9500, von denen fast 3000 auf die Kohlenzeden kamen. 1908 sind es 14000 und Ende des vorigen Jahres waren es mehr als 23 000 Arbeiter und Beamte.

Manche interessante technische Notiz ließe sich aus dem Entwicklungsgang dieses Betriebes geben, dessen Bergbau-Abteilung Steinkohle, Eisenstein, Kalk und Dolomit abbaut, der ein Hochofenviertel, Stahl- und Walzwerksanlagen umfaßt, dessen Abteilung in Sterkrade Gießerei, Stahlformgießerei, Schmiedewerkstätte, Kesselschmiede, mechanische Werkstätten, Dampfmaschinenfabrik und Brückenbau betreibt, dessen Nebenanlagen aus elektrischen Kraftwerken, Gas- und Wasserwerken, Begeleiten, Schlittenbahnen usw. bestehen, aber wir würden uns vom eigentlichen Thema: „Gemeinnützige Einrichtungen“ zu weit entfernen.

Arbeiter- und Beamtenwohnungen besaß die Hütte schon in den 40er Jahren und zwar in Sterkrade, Oberhausen, Oberfeld und Ruhrort; Mitte der 50er Jahre ging man an die Anlage von Kolonien; heute sind insgesamt circa 2500 Arbeiterwohnungen vorhanden. Die teils einstöckigen, teils anderthalbstöckigen Arbeiterhäuser nehmen höchstens 6, meistens 4 Familien auf. Arbeiter, die eine fünfjährige Tätigkeit im Werke hinter sich haben, werden nicht selten zinsfreie Darlehen bis zur Höhe von 1000 Mark gewährt, damit sie sich ein Häuschen kaufen oder bauen können; diese Darlehen werden dann in kleinen Raten monatlich vom Lohn abgezogen.

Bad- und Badeeinrichtungen, Speisräume für die über Mittag in der Fabrik verbleibenden Arbeiter sind

reichlich vorhanden und werden auch stark benutzt; geheizte Speisewagen holen für die entfernt wohnenden Arbeiter gegen geringe Vergütung die gefüllten Eßgeschirre ab, Milch- und Leucausdampfen steuern dem Alkoholgenuß, auch sterilisierte Milch, Kaffee und warm, wird verabreicht; gut ausgestattete Verbands-, Operations- und Krankenzimmer, in denen gepöhlte Soldaten bis zur Ankunft des Arztes Verletzungen oder Erkrancken die erste Hilfe gewähren, sind mit den Betrieben verbunden.

Zur Beschaffung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter sind 3 Verkaufsanstalten eingerichtet, die diese Artikel zu Tagespreisen abgeben; die erzielten Ueberschüsse erhalten dann die Arbeiter am Schluß jedes Geschäftsjahres als Dividende ausgezahlt; also ein vom Werke eingerichtetes Konsumverein, der in den verfloffenen Jahren 7 Proz. Dividende zahlte. Andere wichtige Lebensmittel (Kartoffeln, Fische usw.) bezieht das Werk in Wagenladungen und gibt sie zum Selbstkostenpreis, der natürlich viel niedriger als der Ladenpreis ist, an die Arbeiter ab.

Die Krankenkasse geht weit über die geschätzten Anforderungen hinaus, zahlt Sterbegeld im vorausgehenden Betrage des zugehörigen und gewährt auch Kranken Angehörigen vielerlei Erleichterungen. Eine Ruhegeld-, Witwen- und Waisenkasse, zu der die Arbeiter zwei Drittel beitragen, während ein Drittel vom Werk gezahlt wird, sichert den Mitgliedern im Falle der Erwerbsunfähigkeit nach 10jähriger Arbeitszeit ein lebenslangliches Ruhegehalt, gibt im Todesfall den Witwen 10jährige Unterstützung, und steuert für die Waisen bis zum 14. Jahr Erziehungsgebel bei.

Noch mancherlei Einrichtungen bestehen, die geeignet sind, das Los der Arbeiter und ihrer Familien zu erleichtern: Hauspflege für Wöchnerinnen, Kleinkinder- und Handarbeitschule, 1 Industrieschule, die Mädchen über 14 Jahre nicht nur für den eigenen Haushalt ausbildet, sondern sie auch in Arbeiten unterrichtet, mit denen sie ihr Brot verdienen können. Was uns ferner wichtig erscheint, ist eine neu errichtete Auskunftsstelle, die allen auf dem Werk beschäftigten sowie deren Angehörigen in Rechtsangelegenheiten jeder Art, besonders aber in sozialpolitischen Fragen unentgeltlichen Rat erteilt; wenn diese Einrichtung direkt und unparteiisch gehandhabt wird, kann sie den Arbeitern zum großen Segen werden und ihre Nachahmung wäre anderen Werken sehr zu empfehlen.

Amertung der Redaktion. Wir können den grundsätzlichen Bemerkungen des Verfassers einigangs des vorstehenden Aufsatzes bezüglich der Bewertung industrieller Wohlfahrtsinstitutionen zu, glauben aber gerade von diesem Gesichtspunkt aus, daß er die gemeinnützigen Einrichtungen der Gutehoffnungshütte etwas zu rosig geschätzt hat. Gewiß wollen wir das wirklich Gute anerkennen, aber bei den guten Seiten dürfen wir auch die Mängel und Nachteile der vorhandenen Einrichtungen nicht außer acht lassen. Ueber die Bedeutung der gemeinnützigen Anstalten ist die Meinung von Unternehmern und von Arbeitern sehr geteilt. Sie versagen zunächst einmal in allen Fällen, wo es sich um Differenzen zwischen dem Unternehmer und Arbeiter handelt. Ferner werden die Arbeiter niemals den Unternehmern ausstellen dasjenige Vertrauen entgegenbringen, das als Vorbedingung zu einer gegenseitigen Tätigkeit solcher Einrichtungen notwendig ist. Wir halten daher solche Anstalten von Unternehmern für eine überflüssige Wohlfahrtsinstitution und können den Arbeitern nur die selbstverwalteten Volksbüros resp. Arbeitersekretariate empfehlen.

Wie verhält sich das Mißtrauen der vorwärts strebenden Arbeiterchaft gegen das „Wohlfahrtsystem“ ist, zeigen z. B. auch die Arbeiter-Wohnkolonien der Gutehoffnungshütte. Vor etwa Jahresfrist haben wir in unserm Verbandsorgan scharfe Kritik an einer Kolonie dieses Werkes aben müssen, weil die Inassen dieser Wohnungen in ihrer Freiheit beschränkt und sogar schweren körperlichen Mißhandlungen seitens einzelner Unterbeamten ausgesetzt waren.

Wir bemerken das nicht, um über alle Wohlfahrtsinstitutionen ohne weiteres den Stab zu brechen, sondern nur, damit neben den Licht- auch die Schattenseiten dieser Einrichtungen hervorgehoben werden und kein falsches Bild bei unsern Lesern entstehen kann.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

Monat April 1910.

Metall- und Maschinenindustrie.

Ein Bericht aus Westdeutschland über die Eisenhüttenindustrie besagt, daß die Beschäftigung die gleiche blieb wie im Vormonat. Die Roheisenabnahme war in diesem Jahre wesentlich besser als um die gleiche Zeit des Vorjahres. In ähnlicher Weise spricht sich auch ein Bericht aus Mitteldeutschland aus.

Ueber die Beschäftigung der Stahl- und Walzwerke berichtet der Stahlwerksverband, daß die Beschäftigung der Verbandswerke sich ungefähr im Umfange des Vormonats hielt. Der Verband an Gesamtprodukten A (416 449 To.) war um 182 933 To. niedriger als im März; der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Werke größere Mengen im März zum Versand brachten, die eigentlich erst im April hätte verschickt werden müssen. Gegenüber April 1909 war die Beschäftigung besser und der Versand um 50 780 To. höher.

Die Berichte aus Schlesien sprechen teils von einer befriedigenden Beschäftigung und von einer Besserung gegen den Vormonat, teils von einer nicht ausreichenden Beschäftigung und Verschlechterung gegen den Vormonat.

Die Eisengießereien Westdeutschlands waren nach den vorliegenden Berichten verschiedenartig mit Aufträgen versehen. Teils waren die Werke zufrieden, teils klagten sie über noch immer schwachen Geschäftsgang. Aufträge gingen gut ein, doch sind die Preise sehr gedrückt. Ein Bericht hebt besonders den Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen hervor, der verursacht ist durch die Anlage von Ueberlandzentralen. Von zwei Berichten aus Groß-Berlin bezeichnet der eine die Geschäftslage als noch ungünstig; der andere berichtet, daß die schon in dem Vormonate berichtete Besserung in der Beschäftigung anhalte und daß größere Aufträge hereingekommen werden könnten. Wenngleich von einem Arbeitermangel nicht gesprochen werden kann, hat das Angebot von allen Arbeitskräften doch nachgelassen.

Günstig lag das Geschäft in Sachsen. In den meisten Betrieben war gegen den Vormonat und gegen dieselbe Zeit im Vorjahr eine Verbesserung zu beobachten. Teilweise herrschte Mangel an Arbeitskräften.

Auch die sächsischen und schlesischen Betriebe sprechen sich befriedigend aus.

Die Nickel-Feinblech- und Emailierwerke waren befriedigend beschäftigt. Eine Veränderung gegen den Vormonat konnte nicht beobachtet werden.

Ein Bericht über die Röhrenwalzindustrie spricht sich über die Beschäftigung im vergangenen Monate günstig aus.

In der Drahtindustrie herrschte ein flotter Geschäftsgang. Das Frühjahr brachte, wie dies regelmäßig der Fall ist, starke Anforderungen des In- und Auslandes.

Für Messing- und Kupfer-Blach-Stangen und -Drahte lagen ausreichende Aufträge vor. Der Bedarf nach solchen nahm zu.

Das Geschäft in der Kleinisenindustrie entsprach dem des Vormonats. Die Beschäftigung ist aber immer noch nicht zufriedenstellend.

Die Berichte aus dem allgemeinen Maschinenbau sprechen sich über den Geschäftsgang geteilt aus. Man war allgemein immer noch nicht mit der Lage zufrieden, wenn auch eine kleine Besserung wahrgenommen werden konnte. Berichte aus Mittel-

Was ist Kunst?

„Sind wir uns alle darüber klar?“

Warum ist die Erziehung der Phantasie so wichtig? Zunächst, damit wir keine Träumer und Phantasten erziehen. Es gibt ja kein besseres Mittel dagegen, als das Vertrautwerden mit der Wirklichkeit, nicht nur auf begrifflichem Wege, sondern auch durch Beobachten und Nachbilden ihrer Erscheinungen. Je mehr wir die Phantasie mit echten Daseinsformen fassen, je mehr Phantasie geben wir ihr mit, die solide sind, die hatten. Die Zeit ist hart, kräftige Erdmensch braucht sie, die auch, wenn sie sich aufwärts reden, die Füße fest am Boden behalten. Aber dieser Pädagogengrund gibt natürlich, wie gut er jet, unjerner Forderung nach ästhetischer Kultur die beste Begründung doch ganz gewiß noch nicht.

Goethe hat Kunst die „Sprache des Unausprechlichen“ genannt. Ein Wort, so einfach wie tief, ein Wort, bei dem wir uns sammeln und mit dem wir siegen werden. Was wir der Maler mit Farbe und Linie, der Bildhauer mit Formen sagt, der Musiker mit Tönen, der Dichter mit Vorstellungen, wie sein in der Dialektik erregtes Gemüt sie sieht und wiederbildet — es läßt sich von Seele zu Seele nicht anders vermitteln, als eben so, es ist unaussprechlich. Beschreibe ein Altertümliches Griffelblatt, so sein du kannst, umschreibe mit Worten oder Bildern eines Konkreten Gehalts, Abstrakte ein abstraktes Unbegreifliches in Prosa, und unaussprechlich verflüchtigt sich gerade das, was sein Edelstes, sein Tiefstes, sein Allergeringstes ist. Nur in der Sprache des Unausprechlichen geht es durch Aug' oder Ohr in deine

Seele ein. Aber wenn wir von großen Kunstwerken reden, so reden wir nur von Gipfeln, sie ragen gleichen Weizens auf zwischen Hügel und Ebenen aus weitem Land. Es ist lange nicht alles Kunstwerk, was uns von jenem nur gerade so Unausprechlichen nichts sagt.

Aber es ist sehr vieles Kunst, was nie auf den Namen Anspruch erhebt. Das Bauernhaus draußen im Dorf, das dir so traulich davon spricht, was es ist, und von dem, der's erbaut hat, und von ihnen, die's nun bewohnen, es ist eher ein Kunstwerk, als der prunkende Palast, der dort fast und tot in der Großstadt errichtet wird! Der Ton zu dem Volksliedchen dort, in den Gott weiß welches Handwerksburschen Frühlingsluft einfließt hinauslang; ja, der besondere Ausdruck mit dem eines besonderen Abschieds Stimmung vielleicht in dem einzigen Wörtchen „Lebewohl“ kurz aufhakte und auf immer verscholl — auch das ist Kunst. Kunst? Nein, das ist irrt, hier ist kein geschultes Können dabei — aber es ist gleichen Wesens mit Kunst, es hat in sich das Beste, das Wertvollste auch der Kunst. Hätten wir für das Wort „ästhetisch“ endlich doch ein deutsches Wort, wir brauchen es dringend; „ästhetische Erziehung“, wie klingt das kalt, und ist doch die allerwärmste Sache! Die Forderung schließt es in sich, daß wir mehr und mehr unser Sehen, unser Hören empfänglich machen für das, was nicht anders sprechen kann, als nur zu ihnen, unsere Phantasie für das, was sie bildet: bilde mich nach, dazu beginn ich zu atmen und lebe zu dir und beschenke dich, mit was dich sonst niemand und nichts beschenken kann.

Dem für das was wir Kunst nennen, was

Können Begriffe da geben, als Beschreibungen und Umschreibungen, oder als Aufzeichnungen, wie sie das Fortregister vom grünen Walde gibt oder die Ständesammler vom Menschenvolk? Lebhafte Aufzeichnungen, gewiß, hochwichtige vielleicht und unentbehrliche. Und solche sogar, aus denen uns auch Wärme entgegenatmen kann. Nämlich: wenn unsere Phantasie ergänzend hinzutritt. Da treffen wir's wieder.

Ich sehe beim Frühstück die Todesanzeigen durch, es ist keiner darin genannt, den ich kenne, was berührt mich's viel! Dann geh ich aus, und durch Zufall seh' ich einen sterben. Und ob es mir ganz wie fremd sei — wie anders berührt mich das! Daß Menschen sterben müssen, das weiß ich, es ist Begriff. Aber dies hier gab mir Anschauung; die Anschauung erweckte mir die Gefühle, so erlebte ich mit. Und von diesem Miterleben kann ich nur mitteilen durch die „Sprache des Unausprechlichen.“ Unausprechen läßt sich, was geschah, Kunst überträgt in mich, wie es geschah, indem sie vor mein Auge das Abbild stellt, oder indem sie meine Seele anregt, es nur aus geistigen Vorstellungen heraus so nachzubilden, wie es der Künstler gesehen hat; und nicht nur mit seinen Augen, nein, auch mit seinem Kopf und mit seinem Herzen.

So berührt auf Kunst in weiterem Sinne, auf den ästhetischen Erziehung überhaupt, (schließlich die Mitteilung allen Gefühlslebens von Mensch zu Mensch)

Schon, wer nur verlangt, daß ein Bau, nein, wer nur verlangt, daß in seinem Zimmer der Schand und der Stahl hat mit Ruh in trocken und mit Funktion in

Deutschland sprechen von einem unveränderten Geschäftsgange. Ein Bericht aus Südwestdeutschland meldet eine Verschlechterung gegen den Vormonat. Dagegen waren die süddeutschen Werke gut mit Aufträgen versehen. Ein Bericht aus Schlefien besagt, daß die Stille der Geschäftslage wohl auf die Ausperrung der Bauarbeiter zurückzuführen sei.

In der Dampfmaschinenindustrie nahm der Geschäftsgang eine weitere günstige Entwicklung.

Im Eisenkonstruktionsbau lauten die vorliegenden Berichte sehr verschieden. Die meisten Berichte sprechen sich ziemlich zurückhaltend aus und klagen besonders über schlechte Preise.

Die Berichte über die Hebezeuge und Transportanlagen lauten recht günstig. Dasselbe gilt von dem Bau- und Maschinenbau, hervorgerufen durch die lebhafteste Beschäftigung in der Textilindustrie. In einer Reihe von Betrieben war wegen der von der Textilindustrie geforderten kurzen Lieferzeit Nebenarbeit erforderlich.

In der Textilmaschinenindustrie hielt der flotte Geschäftsgang vom vorigen Monate weiter an. Auch die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen äußerten sich zufriedenstellend.

Von drei Berichten aus dem Bergwerksmaschinenbau lauten zwei günstig und einer ungünstig.

Im Bootbau hielt die schon seit Monaten beobachtete Abwärtsbewegung an. Lediglich mußte die Arbeitszeit vergrößert werden.

Die Berichte über die Automobilindustrie lauten in der überwiegenden Zahl günstig. Ein Badener Werk hatte im verfloßenen Monate sehr reichlich Arbeit, so daß mit Überstunden gearbeitet werden mußte, um die Aufträge zu bewältigen.

In den Berichten über den Eisenbahnwagenbau wird fast durchweg über ungenügende Beschäftigung geklagt. Lediglich mußte die verkürzte Arbeitszeit aufrecht erhalten werden.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt eingehenden Zensusfragebogen der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie war insgesamt 12 264 Mitglieder stellte sich am 1. Mai eine Zunahme von 414 männlichen und eine Abnahme von 3 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der Kranken heraus.

Ein noch günstigeres Bild geben die Listen der Betriebskrankenkassen aus der Hütten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die für 550 215 männliche bzw. 35 400 weibliche Versicherte vorliegen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke hat sich um 8 293 männliche und 507 weibliche vermehrt. In Rheinland und Westfalen wurden 3 048, in Schlefien 740 männliche Arbeiter mehr beschäftigt.

Elektrische Industrie.

Die Industrie für Dynamomaschinen, Elektromotoren, elektrische Anlagen und Apparate war besser als im vergangenen Monate mit Aufträgen versehen. Bei einer westdeutschen Firma erzwangen die Maschinen- und Heizer durch Streikandrohung eine Lohnerhöhung.

In der Kabelindustrie besserte sich die Beschäftigung gegen den Vormonat. Bei einem Werke war in einigen Abteilungen Nacharbeit sowie Nebenarbeit dauernd erforderlich.

Die Isolatorwerke berichteten geteilt. Eine sächsische Firma hatte gut zu tun, so daß die Arbeiterzahl um ungefähr 10 v. H. erhöht werden mußte und Nebenarbeit notwendig wurde. Andere Betriebe

mußten dagegen Feierlichkeiten einlegen oder die im vorigen Monat eingerichtete Nacharbeit wieder aufheben.

Das Geschäft im elektrischen Beleuchtungsartikeln lag befriedigend. In der Fabrikation für Fernsprechanlagen hielt die mangelnde Beschäftigung weiter an. Die Industrie für elektrische Meßinstrumente hatte sehr gut zu tun. Der Umsatz war im Vergleich zu derselben Zeit im Vormonat und Vorjahre gestiegen.

Wie immer gut hatte nach einem Bericht aus Bayern die Industrie für elektro-mechanische Apparate zu tun.

Aus der elektrischen Industrie liegen Berichte der Betriebskrankenkassen über 39 581 männliche und 10 091 weibliche Mitglieder vor. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke war bei den männlichen Mitgliedern um 792, bei den weiblichen um 223 höher als am 1. April 1910.

(Werkstatteblatt.)

Die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1909.

Nach den Jahresberichten der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbeämter sowie der Bergbehörden für das Jahr 1909 boten die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel und Gewerbe in der Hälfte des Berichtsjahres fast das gleiche Bild wie im Vorjahre. Erst im Monat Juli traten Anzeichen einer Besserung der gedrückten Geschäftslage ein, und gegen Ende des Jahres war es unverkennbar, daß eine aufsteigende Wirtschaftsepoche begonnen hatte. Die bessere Gestaltung des Marktes zeigte nur in wenigen Industriezweigen eine schwunghafte Bewegung, meist setzte sie langsam und zögernd ein. Eine Ausnahme bildete die flotte Beschäftigung einzelner Gruppen der Textilindustrie und der Tabakindustrie vor dem Inkrafttreten der neuen Steuergeetze, der naturgemäß ein Rückschlag folgte, so daß eine Vertiefung der Wirtschaftslage, vorübergehende Schließung der Betriebe und Entlassung von Arbeitern notwendig wurden. Im allgemeinen aber haben sich die Beforgnisse, die man hinsichtlich der Tabalarbeiter hegte, nicht in dem Maße erfüllt, wie man dies befürchtete. In fast allen Industriezweigen hat sich die Lage der Arbeiter durch vermehrte Arbeitsgelegenheit entschieden gebessert. Die Höhe der Löhne aber blieb ziemlich unverändert.

Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Fabrikanten und der ihnen gleichgestellten Anlagen betrug im Berichtsjahre 150 019 gegen 146 369 im Jahre 1908; es hat mithin eine Zunahme von 3650 stattgefunden, während sich die Zahl der Betriebe in den beiden vorausgegangenen Jahren um 4370 und 6630 erhöht hatte. Die geringe Vermehrung ist neben der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse darauf zurückzuführen, daß dem Entstehen großer Anlagen des Eingehens kleinerer gegenübersteht. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 3 061 430 gegen 3 019 137 im Jahre 1908 und 3 069 498 im Jahre 1907. Die Zahl der Arbeiterinnen, die im Jahre 1907 von 538 310 auf 536 100 gestiegen und 1908 auf 560 309 gefallen war, hat sich im Berichtsjahre um 23 639 erhöht, während die Zahl der männlichen Arbeiter, die sich im Jahre 1907 auf 2 277 642 und 1908 auf 2 230 381 belief, nur um 15 462 gewachsen ist. Jugenblische Arbeiter von 14 bis 16 Jahren wurden im Jahre 1909 229 219 (darunter 78 467 Mädchen) in Fabriken und gleichgestellten Anlagen beschäftigt, während die Zahl der gewerblich tätigen Kinder beiderlei Geschlechts sich auf 2420 belief und um 640 gegen das Jahr 1907 gefallen ist, in dem eine Erhöhung um 714 stattgefunden hatte. In den 50 211 gewerblichen Betrieben, die auf Grund der vom Bundesrat erlassenen Vorschriften zu beaufsichtigen sind, betrug die Zahl der Arbeiter 116 567 gegen 113 448 im Vorjahre.

Die Revolutionsfähigkeit der Gewerbeinspektoren hat sich gegen das Vorjahr infolge der die Arbeitszeit der Beamten in hohem Maße in Anspruch nehmenden Durchführung der polizeilichen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien und die Bekanntmachung betr. den Betrieb der Anlagen der Grobtextilindustrie stark verringert. Trotzdem belief sich die Zahl der revidierten Fabriken auf 71 881 (mehr 1791) oder 47,9 Prozent der gesamten fabrikmäßigen Betriebe. Rundverhandlungen gegen die Schutzgeetze und Verordnungen betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurden in 5662 Anlagen gegen 6465 in 1908 festgestellt. Die Mehrzahl der Übertretungen betraf die Bestimmungen über Arbeits- und Lohnzahlungsbedingungen, Anzeigen, Verzeichnisse usw. Vergehen gegen die materiellen Vorschriften wurden 1299, gegen 1402 im Vorjahr, ermittelt, und zwar 141 Fälle gegenwärtiger Beschäftigung von Kindern, 531 Rundverhandlungen gegen die Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher Personen und Kinder, 422 gegen die festgesetzte Dauer der Arbeitspausen; außerdem eine Reihe Vergehen gegen das Verbot der Nachtarbeit und die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit.

Bei der Durchführung des Kinderzuschusses, dessen Bestimmungen sowohl den Eltern der Kinder als auch den Arbeitgeberenden noch immer nicht genügend bekannt sind, haben die von den Schulen aufgestellten Verzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder auch im Berichtsjahre den Gewerbeinspektoren und Polizeibehörden wesentliche Dienste geleistet.

Die Zahl der Rundverhandlungen gegen die Geetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiterinnen ist im Berichtsjahre von 3398 auf 2994 gesunken. Die meisten Rundverhandlungen wurden in den Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion und im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, sowie in Biegeleien und Buchdruckereien festgestellt. Die Zahl der Anlagen, in denen gegen die gesetzlichen Bestimmungen gefehlt wurde, hat sich gegen das Vorjahr um 185 vermindert. Die Bewilligungen von Ueberarbeit haben infolge der in einzelnen Industriezweigen eingetretenen Besserung der Geschäftslage im Berichtsjahre erheblich zugenommen. Es wurde von den Verwaltungsbehörden für Wochentage außer Samstag 490 Betrieben mit 34 777 Arbeiterinnen in 773 Fällen für 8591 Tage und für Samstags 77 Anlagen mit 8019 Arbeiterinnen in 198 Fällen die Beschäftigung über die normale Arbeitszeit gestattet.

Die zur Verhütung eines unvorhergesehenen Schadens bewilligten Ausnahmen von den Vorschriften über Sonntagsruhe haben im Berichtsjahre sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe, denen Sonntagsarbeit gestattet wurde (948 gegen 711 im Jahre 1908) als auch hinsichtlich der Zahl der bewilligten Arbeitsstunden und der an der Sonntagsbeschäftigung beteiligten Arbeiter (47 946 gegen 40 556) eine Steigerung erfahren. Wie im Vorjahre waren die Holzschuhfabriken und Hutverarbeiter am stärksten an der Sonntagsarbeit beteiligt. Zum Schluß heben die Berichte hervor, daß sich die Zahl der Unfälle im Vergleich zum Vorjahre nicht unerheblich verringert hat.

Zur Generalversammlung.

Die Organisation der Jugend ist bereits durch verschiedene Kollegen in Erwähnung gebracht. Es ist zweifellos schwieriger für unsere Jugend das richtige sofort zu treffen, als viele Kollegen annehmen. Diese so wichtige Frage muß das Interesse aller Kollegen ansprechen, um sich genug die verschiedenen Ansichten zu klären. Nur dann kann ersprießliche Arbeit geleistet werden.

So ist es meines Erachtens unbedingt notwendig, daß die Jugend vom 14. bis 18. Lebensjahre eine vollständig für sich abgeschlossene Abteilung innerhalb unseres Verbandes bildet. Doch dürfte die Altersgrenze nicht so eng gezogen werden; denn sobald ein junger Mann seine Lehrzeit beendet hat, müßte er in die Mannesabteilung, wenn ich mich mal so ausdrücken darf, überströmen werden. Dabei muß es sich gleich bleiben, ob er bereits das 18. Lebensjahr erreicht hat, oder nicht. Die Hauptfrage wäre, daß er den dadurch steigenden Beitrag leisten kann und dazu auch in der Lage sein; denn unsere bisherigen Beitragsverläufe halten ihn dazu die Eltern offen. Auch muß man in Betracht ziehen, daß ein großer Teil der Jugend überhaupt nicht ein bestimmtes Fach lernt, und liegt uns doch an diesen Teil ebensoviele, wie an den anderen. Es wäre jedoch eine völlige Verkennung unserer Aufgaben, wenn wir uns damit begnügen wollten.

Es ist ferner von Wichtigkeit, daß unsere Jugend die Natur mit allen ihren Schönheiten lieb gewinnt. Hier würden Ausflüge, insbesondere Zukunftsfahrten, erholend und abkühlend wirken. Das junge Blut würde dadurch dem so sehr verderblichen Dingen gelassen entzogen, sowie gestärkt an Geist und Körper. Auch belehrende Vorträge dürfen, um die Allgemeinbildung zu heben, nicht fehlen. Dergleichen würde die losstehende Herausgabe eines eigenen kleinen Organs sehr fördernd sein.

Wo sollen wir nun agitieren? Es kommen für uns nicht nur die jungen Leute in Betracht, die bereits auf christlichem Standpunkte stehen, sondern auch die ganze übrige Jugend. Wir müssen eben durch geeignete Erziehungsarbeit sie davon überzeugen, daß es möglich ist, auf christlicher Grundlage auch wirtschaftliche Interessen zu vertreten; denn gerade die oberflächliche Meinung vom Christentum ermöglicht den sozialdemokratischen Organisationen, die Jugend leicht einzufangen und ganz ihren Theorien willfährig zu machen. Auch ist zu beachten, daß in der ganzen Jugend noch ein Kern von nationaler Gesinnung steckt, der erst im Laufe der Jahre durch unausgesetzte sozialdemokratische Bearbeitung erstickt wird und da müssen wir neues Leben in diesem Kern durch systematische Weiterbildung hineindringen. Da kann nur ein großzügiger Kampf Erfolge zeitigen, die aber erst nach Jahren zu verspüren sein werden. Dessen müssen wir uns klar sein.

Wenn nun Kollege G. S. Eisensteinhat der Meinung ist, daß durch ein freies Bekenntnis zu uns, dem jungen Kollegen manches Leid seitens der fanatischen Gegner zugefügt werden würde, so muß ich ihm Recht geben. Aber wozu sind wir denn alle da? Man wird uns auf dem Boden finden, um

wahrhaftig auch erdeme als das, was er ist, schon er dient der höchsten Kultur, indem er der ästhetischen genügt. Verstehen wir ihre Sprache, wird sie uns gar geläufig wie Mutterlaut, so erkennen wir ehrlische Echtheit phrasenlose Lichtheit und aus Menschlichkeit, Beerdigt und Verlogenheit ebenso wie innerer Fälle schöpferischen Geist, wo das ungelübte und ungebildete Auge sich blenden und irren ließ. Das Haus, die Straße, die Stadt, nun werden sie für uns wieder zum Ausdruck auch des sittlichen Lebens im Volk, und zeigen nun auch, wo gebessert, erhalten und erneuert werden muß in der geheimen Seele der Zeit. Silber und Standbilder, die uns bisher nur Schmutz waren oder wahrer oder falscher Bericht, nun sprechen sie zu uns noch von Anderem und sprechen zu uns, wie der Hengst zu dem, der Draehenblut trank: wir hören die Wahrheit und ob sie lügen.

Die Kontinuität wird aus einem Spiele für's Ohr zu einer Klündern nun von Unermesslichem, genannt hat's in den Herzen der Nächsten gelebt, die Lüne befreiten's, nun kommt es zu uns, und nun bleibt es bei uns, auch wenn es weiterklingt. Der Dichter, nun tritt er zu uns hervor, aus all den Schwelgern und Schwärmern, mit denen der Blick bisher ihn vermengte, der Dichter, der bereichernd zum Schicksal der Menschheit liegt, was er selber ergraben hat, zu dem großen Schicksal an Seelenkraft. So brauchen wir ästhetische Kultur, um unser alltägliches Leben freudig-ernst, wahr und tüchtig zu machen, aber sie allein vermittelt uns auch bis zum Heiligsten hin die Heilige Einkehr und den höchsten Aufschwung.

Bernhard Weinarius (Serausgeber des Kunstwart).

solche Handlungsweise offensichtlich an den Pranger zu stellen und eine Aenderung für den jungen Kollegen herbeizuführen. Solche Vorfälle haben wir ja schon selber verzeichnen müssen; doch was ist aus dem jungen Freunde geworden? In den allermeisten Fällen ein tüchtiger Kämpfer und Verbreiter unserer Ideen.

Was wir bei dieser Tätigkeit nicht vermissen können, ist die Mitwirkung unserer konfessionellen Jugendvereine, die einen sehr günstigen Resonanzboden der gekennzeichneten Bestrebungen bilden. Wollen wir Erfolge erzielen, müssen wir uns die Hand reichen zu gemeinsamer Arbeit.

Wenn nun eine besondere Abteilung errichtet würde, müßten manche Kollegen ihr Vorurteil gegenüber den jüngeren Mitkollegen fallen lassen. Wir können die Jugend nur dauernd an uns fesseln, wenn wir ihnen in Freundschaft und Herzlichkeit entgegenkommen. Bei den Zusammenkünften muß der Ausschluß jeden Alkoholgenußes, sowie frühzeitiger Schlaf als Regel gelten. Da nun wie überall es Elemente geben wird, die die von den Eltern freibekommene Zeit anderweitig ausnützen, wären Besuchskontrollen einzuführen. In diesem haben die Jünglinge ihre Notizen über das Gehörte an jedem Abend zu machen, am Schlusse unterschreibt oder unterstempelt der Abteilungsleiter. Die Eltern könnten dann selbst sich überzeugen, wo der Junge gewesen ist. Ein Ansporn zum regen und ständigen Besuch würde wohl die Verteilung von Besuchsprämien sein. Auf sind Wiederholungsabende nicht zu verachten. An diesen wäre abzufragen, was bisher gelehrt worden ist. Eltern usw. sind zu größeren Veranstaltungen heranzuziehen. Es muß auch ihnen klar werden, daß wir keine Vereinsmeierei, sondern ernste Erziehungsarbeit leisten wollen.

Die Beitragsvorschläge von 10, 15 und 20 Pfg. pro Woche sind wohl gut gemeint. Ich würde jedoch lieber einen Beitrag von 30 Pfg. pro Woche vorgehen. Die Jugendmitglieder müßten dann bei Krankheit und Arbeitslosigkeit eine dem Beitrag entsprechende Unterstützung beziehen können. Die Karenzzeit bei Arbeitslosigkeit wäre jedoch mindestens doppelt so lang auszudehnen, als wie bei Krankheit. Auch Rechtsschutz würde zu gewähren sein. Die Führung dieser Jugend muß sehr gewerkschaftlich gehandhabt werden. Ich schreibe mit dem Wunsche, daß vorstehende Heilen klärend wirken und zum Wohle unseres Verbandes beitragen mögen.

M. A., Düdel.

In den letzten Nr. des Organs ist die Jugendfrage derart gründlich behandelt worden, daß sie wohl hinreichend geklärt sein dürfte und ein erneutes Eingehen darauf sich wohl erübrigt. Ich gestatte mir deshalb, den schon gemachten Vorschlägen zwecks finanziellen Ausbaues des Verbandes einen neuen hinzuzufügen. Dabei möchte ich schon im Voraus erklären, daß ich mit wohl mit einer Verlängerung der Steigerungsrufen, nicht aber mit einer solchen der Karenzzeit befreunden kann, weil die letztere jedenfalls die Agitation erschweren würde. Meines Erachtens würde das beste Resultat, nämlich die Einführung der Verbandstafel erzielt werden, wenn wir etwas mehr Rücksicht nähmen auf das Alter der aufzunehmenden Kollegen. Da mit zunehmendem Alter die Krankheitsgefahr sich steigert, wäre es zweckmäßig, das Eintrittsgeld nach dem Alter zu stufen. Ich schlage deshalb folgende Abstufung vor:

Bis zum 25. Lebensjahr beträgt das Eintrittsgeld 0,50 M., bis zum 35. 1,00 M., bis zum 45. 1,50 M., bis zum 55. 2,00 M. und darüber 2,50 M.

Es steht zweifellos fest, daß dadurch der Verband eine schöne Summe zugeführt werden wird, andererseits würde durch Zahlung eines höheren Beitragsgeldes auch die Fluktuation sicher gemindert. Möge deshalb die Generalversammlung diesen Vorschlag in Erwägung ziehen und im übrigen wirken zu Nutz und Segen des Verbandes. H. S., Menden.

Anträge zur Generalversammlung.

Siegen.

Antrag 1: Der letzte Absatz des Paragraphen 7 unseres Verbandsstatuts ist in Bezug auf die 50 Pfg.-Klasse abzuändern wie folgt:

Nach 52 Wochen vom 14. Tage an 10 Wochen lang
" 104 " " 14. " " 15 " "
" 156 " " 14. " " 20 " "

(Die Steigerungssätze für die wöchentliche Höhe der Unterstufungen bleiben unverändert.)

Begründung: Die Aufwendungen für Krankenunterstützung haben von der Einführung dieses Unterstützungszweiges an mit jedem weiteren Jahre eine enorme Steigerung erfahren, die bei der jetzigen Beitragsleistung den Verband auf die Dauer in seiner finanziellen Entwicklung über Gebühr hemmen muß zum Nachteil des von einer gewerkschaftlichen Organisation zu erfüllenden Hauptzweckes: der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Andererseits liegt die Erfahrung vor, daß an zahl-

berechtigten waren, große Summen an Unterstützungen verausgabt worden sind, und die ersteren dann nach Empfang derselben dem Verband den Rücken kehrten.

Im Jahre 1908/09 sind 158 000 Mark an derartige Elemente verausgabt worden, darunter 40 000 Mark an 287 Mitglieder, die nach Bezug voller 20 Wochen langer Unterstützung aus dem Verbandsausgetreten sind.

Ist es, wie eingangs bemerkt, notwendig, die Ausgaben für Krankenunterstützung einzuschränken, so ist doch dabei zu beachten, daß die älteren, dem Verband schon jahrelang angehörnden Mitglieder in ihren bereits erworbenen Rechten nicht geschmälert werden.

Durch die Annahme des vorstehenden Antrages würden sich die Ausgaben für Krankenunterstützung wesentlich einschränken lassen, und zwar vorwiegend auf Kosten der vorhin gekennzeichneten Elemente. Nach den angeführten Zahlen für 1908/09 berechnet, würde auf Grund der Bestimmungen unseres Antrages immerhin 20 000 bis 30 000 Mark weniger an Krankenunterstützung verausgabt worden sein.

Antrag 2: Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Bezirksleiter unseres Verbandes ohne weiteres zu den Verbandsversammlungen zugezogen werden, und zwar sollen dieselben die gleichen Rechte haben wie die Delegierten.

Begründung: Nach den bisherigen Bestimmungen sind die Bezirksleiter nicht zu den Generalversammlungen zugezogen sondern können wie jeder andere Kollege als Delegierte gewählt werden. Die Praxis hat nun gezeigt, daß zu den Generalversammlungen vielfach die meisten Beamten des Verbandes als Delegierte fungieren, wodurch die Zahl der Delegierten, welche im Arbeitsverhältnis stehen, arg beschränkt ist. Andererseits muß betont werden, daß die Bezirksleiter in erster Linie diejenigen sind, welche die etwaigen Beschlüsse der Generalversammlungen in ihrem Wirkungsbereich durchzuführen haben, und es aus diesem Grunde nicht mehr wie recht und billig ist, daß dieselben ohne weiteres zu den Beratungen gezogen werden, und es nicht dem Zufall überlassen bleibt, ob sie gewählt werden oder nicht.

Durch die Annahme des Antrages würde erreicht, daß an Stelle der Bezirksleiter Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis gewählt werden könnten, was dem Wunsche sehr vieler Kollegen entspricht, und den Bezirksleitern würde ebenfalls die diesen zustehende Berücksichtigung zu teil werden.

Röln-Deutz

Antrag 1: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß Bezirksleiter, welche als Delegierte nicht gewählt sind, zu der Generalversammlung zugezogen werden, denselben aber ein Stimmrecht nicht erteilt wird.

Begründung: Wenn zum Beispiel die Ortsverwaltung Köln zwei Delegierte aus dem Arbeitsverhältnis wählt, dann hätte unser Bezirksleiter kein Recht, mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilzunehmen. Es ist dies ein ungesunder Zustand. Bezirksleiter ist in allen einschlägigen Sachen eingeweiht und ist unserer Ansicht bei den Verhandlungen unentbehrlich. Finanzielle Bedenken können nicht gegen den Antrag sprechen, da meistens die Bezirksleiter als Delegierte gewählt werden, nur in ganz vereinzelten Fällen nicht.

Antrag 2: Paragraph 7, Absatz 4, erhält folgende Fassung: Für die ersten sieben Tage der Arbeitslosigkeit und Krankheit, sowie für die Tage, wo das erwerbslose Mitglied ganz oder teilweise Beschäftigung gefunden, und für halbe Tage darf keine Unterstützung ausgezahlt werden. Die Unterstützung wird bis zu 20 Wochen gewährt. Sämtliche Unterstützungsfälle, sowohl bei Arbeitslosigkeit, wie bei Krankheit, sind sofort bei der Zentrale anzumelden.

Begründung: Da der freie Metallarbeiterverband bei demselben Beitrag die zweite Woche schon Krankenunterstützung bezahlt, so wird unsere Agitation, besonders bei Familienvätern, sehr erschwert. Beispiele sind vorhanden, wo Arbeiter, welche sonst noch zu uns gehörten, aus diesem Grunde in den freien Verband eingetreten sind. Bei Gegenüberstellung der Jahresabschlüsse der zwei Verbände vom vergangenen Jahr, wo unser Verband besser abgeblieben wurde uns auch wieder der Vorwurf gemacht, daß unser Verband 14 Tage Karenzzeit bei Krankheit habe, insoweit auch nicht soviel bezahlt, da die meisten Krankheiten nur 14 Tage bis 3 Wochen dauern. Also gleiche Pflichten, aber auch gleiche Rechte.

Radolfzell.

Antrag 1: Das Verbandsorgan soll auf der ersten Seite ein Verzeichnis sämtlicher Artikel und Versammlungsberichte aufweisen.

Begründung: Dies wäre in agitatorischer Hinsicht sehr von Vorteil. Die Organe werden von den meisten Kollegen unverschnitten aufbewahrt. Beim Ankauf oder bei Durchsicht eines Artikels wäre mit einem Inhaltsverzeichnis viel Zeit erspart, auch würden laue Kollegen auf die einzelnen Artikel besonders aufmerksam gemacht. Hiermit wäre manche Anregung zum Lesen der einzelnen Artikel gegeben.

Antrag 2: Die Meldung von Erwerbslosen soll nur einmal während ein und derselben Krankheit erfolgen; auf diese sollen sich die weiteren Maßnahmen stützen.

Begründung: Es muß erstens angeführt werden, daß eine Krankenmeldebarte genügen könnte, auf diese dann die Anweisung zur Auszahlung der Unterstützung erfolgen kann. Es würde dadurch eine wesentliche Verminderung der Portoauslagen erfolgen und zweitens muß doch von der Zentrale zum mindesten den leitenden Kollegen der Ortsgruppen sowie Vertrauen entgegengebracht werden, daß solche genau nach Statut handeln würden und nicht etwa der Ansicht sein, daß die leitenden Kollegen gegen die Interessen des Verbandes zu viel Unterstützung ausbezahlen würden.

Düsseldorf-Oberkassel.

Antrag: Die Generalversammlung wolle beschließen, den 40 Pfg.-Wochenbeitrag auf 50 Pfg. zu erhöhen und dafür die Unterstützung entsprechend auszubauen.

Begründung: In unserer Sektion befindet sich eine größere Anzahl der Mitglieder, die den 40 Pfg.-Beitrag zahlen. Die Kollegen gehören größtenteils der Krankengeld-Zuschußkasse in Düsseldorf an. Nun sind wir in der Agitation auf Schwierigkeiten gestoßen, indem Kollegen erklärten, jetzt noch nicht beitreten zu wollen, da die Arbeitslosenunterstützung nicht genug biete. Wenn die Erwerbslosenunterstützung mit den beiden andern Klassen steigend bis zu 10 Mark nach 5 Jahren, bei der jetzt auch bestehenden Bezugszeit von 6 Wochen gewährt würde, dann würden in der Agitation wohl größere Fortschritte zu erzielen sein. Vielleicht ließe sich dabei die Krankenunterstützung in beschränktem Umfang mit einführen.

Schweidnitz.

Antrag 1: Die Karenzzeit im Krankheitsfalle von 14 auf 7 Tage zu ermäßigen.

Begründung: Die Krankenkassen bezahlen vom 4. Tage der Krankheit an Unterstützungen, die jedoch in den meisten Fällen sehr minimal ist. Da nun naturgemäß für die Pflege des erkrankten Erkrankten der Familie mehr mehr aufgewendet werden muß als in gesunden Tagen, und fast alle Ausgaben für Lebensunterhalt, Miete etc. auch in den Tagen der Krankheit weiter gehen, so kommt es oft vor, daß über solche Familien, besonders mit zahlreichen Kindern, große Not hereinbricht.

Antrag 2: Mitglieder, welche aus anderen Verbänden übertreten, erhalten die Mitgliedschaft und ihre erworbenen Unterstützungsansprüche, soweit sich dieselbe mit denen unseres Verbandes decken, bis zu einem Jahre angerechnet, sofern sie nicht länger als 3 Jahre Mitglieder anderer Organisationen waren. Sind dieselben jedoch über 3 Jahre Mitglieder dieser Verbände gewesen, erhalten sie 1/2 Jahre, bei 4 jähriger Mitgliedschaft 2 Jahre, bei 5 jähriger 2 1/2 Jahre, u. s. f. angerechnet.

Begründung: Wohl in allen Ortsgruppen ist es schon vorgekommen, daß Mitglieder anderer Organisationen, wenn dieselben zur Ueberzeugung gekommen, gern in unseren Verband übertreten würden wenn ihre Unterstützungsansprüche durch diesen Uebertritt nicht so beschnitten würden. Es könnten auf diese Weise noch viel mehr Uebertritte möglich gemacht werden, als es bis jetzt der Fall ist.

Oder.

Die Generalversammlung möge beschließen, im Verbandsverbande eine freiwillige Invaliden- und Altersversicherung einzuführen.

Begründung: Der Zweck der Versicherung soll sein, invaliden und alterstüchtigen Mitgliedern eine Rente von wöchentlich drei Mark, oder monatlich 13 Mark, nach eingetretener Invalidität oder Vollendung des 65. Lebensjahres auszusprechen. Bezugsberechtigt ist das Mitglied, welches mindestens 300 Wochenbeiträge an die Invalidenklasse gezahlt und auf Grund seiner um zwei Drittel verminderten Arbeitskraft die staatliche Invalidenrente zugesprochen erhält, oder durch einen Unfall insoweit arbeitsunfähig wird.

Als Beiträge sind zu zahlen so viel Pfennige wöchentlich, als das Mitglied Jahre alt ist, jedoch nicht unter 20 Pfg. Um die Beitragszahlung vereinfachen, können die Beiträge auf 5 abgerundet werden oder mit 5 zu 5 Jahren steigen.

Die Beiträge werden von den Vertrauensmännern des Verbandes wie auch die Verbandsbeiträge eingeholt. Dieses geschieht unentgeltlich. Es wäre ebenfalls ratsam, auch dafür das Markensystem einzuführen.

Die Zentrale des Verbandes übernimmt die Verwaltung der Kasse und hat dafür Sorge zu tragen, daß die einlaufenden Gelder möglichst sicher angelegt und verzinst werden. Mitglieder, welche aus dem christlichen Metallarbeiterverbande ausscheiden, verlieren nach Ablauf von 13 Wochen, falls sie in dieser Zeit nicht wieder in den Verband zurückkehren, jedes Anrecht auf das Vermögen der Kasse. Verstirbt ein Mitglied vor Ablauf der 300 Beitragswochen, so werden an seine Hinterbliebenen die Beiträge zur Hälfte zurückgezahlt.

Mit unserer diesjährigen Generalversammlung schaut unser Verband auf eine zehnjährige Tätigkeit zurück. Mancher wägere Kämpfer unserer guten Sache hat während dieser Zeit als Invalide das Arbeitsverhältnis verlassen und gleichzeitig auch seine Mitgliedschaft im Verbandsverbande quittieren müssen, da vielfach die Mittel fehlen, um die Beiträge zu zahlen, andererseits als Invalide er wenig am Verbandsverband interessiert ist. Wir müssen es aber nun als unsere moralische Pflicht betrachten, solche Kollegen, welche lange Jahre dem Verbandsverbande treue Dienste geleistet und vielfach manchen ersten Kampf mit ausgetragen, für das "Woh" von uns allen, nicht schuldig verlassen und verbittert dem Schicksal preisgegeben, gerade da, wo sie unserer Hilfe am meisten bedürftig sind. Können wir nun durch Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung den Kollegen eine Beihilfe gewähren, welche ihnen über die äußerste Not des Lebens hinweg hilft, so bleiben wir mit unseren alten erprobten Kollegen stets eng verbunden und ihre Erfahrung und ihr Bestehen würde uns non unerschätzbarem Werte in allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten sein.

Freiburg i. B.

Die Generalversammlung möge beschließen, in Zukunft im Verbandsorgan auf der vordersten Seite ein Inhaltsverzeichnis anzubringen, ähnlich wie es im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften der Fall ist; desgleichen, daß die Zeitungen aufgeschritten an die Ortsgruppen versandt werden.
Begründung: Es ist Tatsache, daß es recht umständlich und nicht ohne große Mühe und Zeitverlust ist, wenn im Verbandsorgan irgend ein Artikel gesucht werden soll. Diesem Uebel wäre leicht Abhilfe geschaffen, wenn auf der vordersten Seite des Organs ein Inhaltsverzeichnis vorhanden wäre. Auch wenn die Zeitungen aufgeschritten an die Mitglieder gelangen würden, wäre es ein wesentlicher Fortschritt. Denn mancher Kollege würde diesen oder jenen Artikel eher lesen, wenn dies der Fall wäre; daß wir mit manchen solcher lauer Kollegen zu rechnen haben, ist ja bedauerlich, aber wir haben damit zu rechnen.

Hildesheim.

Das Mitgliedsbuch ist zu liefern ohne Statuten, lediglich als Quittungsbuch, andernfalls bei Statutenänderungen einen Nachtrag zu liefern.
Begründung: Einmal ist ein Mitgliedsbuch ohne Statuten wohl billiger in der Herstellung; dann muß es auch vermieden werden, daß die Statuten in den älteren Mitgliedsbüchern zu Mißverständnissen führen, was sehr leicht möglich ist, wenn eventuelle Änderungen durch einen Nachtrag in das Mitgliedsbuch eingeleitet werden können. Die nachgelieferten neuen Statuten in Broschürenform sind meist nicht gut aufbewahrt, und es würde darauf wohl etwas mehr Sorgsamkeit verwandt, wenn das Mitgliedsbuch ohne Statuten geliefert wird, so daß der Gedanke keinen Raum gewinnt, daß immer und allein nur die Statuten im Mitgliedsbuch maßgebend seien.

Pforzheim.

Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Bezirksleiter unseres Verbandes zur Generalversammlung zugezogen werden, auch ohne daß sie als Delegierte gewählt werden.
Begründung: Auf der Generalversammlung sollen Beschlüsse gefaßt werden, die zum Besten der Organisation dienen. Um die Möglichkeit dieses Zweckes zu erreichen, ist es notwendig, daß die Delegierten nicht nur über einzelne Ortsgruppen, sondern über die allgemeine Lage ein klares Bild bekommen. Die Delegierten so weit sie im Arbeitsverhältnis stehen, können wohl die Bedürfnisse und die Lage einiger Ortsgruppen richtig darstellen, aber über die allgemeine Lage im Bezirk können sie wenig Aufschluß geben. Nun sollte ja die Maßnahme dazu dienen, die Bezirksleiter als Delegierte wählen zu lassen, daß dieselben zur Generalversammlung kommen. Die Erfahrung lehrt aber, daß gerade dadurch Mißverständnisse zwischen uns und in den Ortsgruppen entstehen. Der Bezirksleiter hat in seinem Bezirk mehrere Wahlbezirke. In welchem Wahlbezirk soll er nun als Delegierter vorgeschlagen werden? Kopierweise in dem, wo er seinen Wohnsitz hat. Diesem Wahlbezirk bleibt also keine andere Wahl als den Bezirksleiter zu wählen, andernfalls wird er überhaupt nicht zur Generalversammlung vertreten sein. Wenn nun der Bezirksleiter mal gezwungen war, bei einer Ortsgruppe ein kräftiges Wort zu reden, so wird er manchmal einfach gar nicht in Vorwärts gebracht.

Wir sehen, daß durch das bisher gehandhabte System immer die Möglichkeit geboten ist, den Bezirksleiter auszuschalten, oder aber die freie Wahl eines Wahlbezirks zu unterbinden, weil eben der Bezirksleiter gewählt werden muß. Wir ersuchen deshalb die Generalversammlung, dies zu ändern, wenn nicht durch Vorstandsbeschluss eine Änderung vorgenommen wird.

Wachen.

Antrag 1. Die Generalversammlung möge bezüglich der Beiträge und Unterstufungen keine Änderungen vornehmen.

2. Die Generalversammlung möge beschließen, daß in Zukunft das Verbandsorgan aufgeschritten geliefert wird.

Begründung: Zu 1. Durch die schlechte Geschäftsconjunktur ist eine eingehende Prüfung der auf der Münchener Generalversammlung eingeführten Staffelpreise nach der finanziellen Seite für unseren Verband kaum möglich gewesen. Aus diesem Grunde dürfte eine weitere Abwartung über das Ergebnis der Beiträge und Unterstufungen, wie sie von der Münchener Generalversammlung beschlossen wurde, angebracht sein. Da durch die verschiedensten Unterstufungsvereine die Agitation in Wachen erschwert wird, ist eine Milderung der Unterstufungen und eine eventuelle Beitragserhöhung nur dazu angehen, die Agitation noch mehr zu erschweren.

Zu 2. Es dürfte allen Kollegen, die das Verbandsorgan eingehend studieren, willkommen sein, wenn dasselbe aufgeschritten geliefert würde. Auch dürfte es dann seiner Bestimmung, von allen Kollegen studiert zu werden, eher gerecht werden, als das heute der Fall ist.

Amberg.

Antrag 1. Die Generalversammlung möge beschließen, für die Oberpfalz einen Beamten mit dem Sitz in Amberg anzustellen.

- 2. Jeder Nummer des Verbandsorgans ein Inhaltsverzeichnis beizufügen.
- 3. Neuaufgenommenen im 1. Jahre nur eine Mitgliedskarte auszuhandigen.
- 4. Die Mitgliedsbücher ohne Statut herstellen zu lassen.
- 5. Auch bei Neuwahl die Sekretäre als Vertreter gelten zu lassen.

Begründung: Zu 1. Die Oberpfalz ist der Sitz der größten Metallindustrie und Amberg der Konzentrationsschwerpunkt derselben. Es ist also hier noch ein äußerst fruchtbares Feld für die Bewegung, eine erfolgreiche Bearbeitung aber nur dann möglich, wenn dem obigen Antrag entsprochen wird.

Zu 2. Besonders von den Kollegen, die im Vordergrund des gewerkschaftlichen Kampfes stehen, wird das Fehlen eines Inhaltsverzeichnisses unangenehm empfunden. Oft muß aus der für uns aufbewahrten Zeitungsexemplare ein bestimmter Artikel herausgesucht werden; was ungemein zeitraubend und umständlich ist. Ein Inhaltsverzeichnis würde hier sehr erleichternd wirken.

Zu 3. Gerade im 1. Jahre springt der größte Teil der Neuaufgenommenen wieder ab. Es wäre deshalb eine große Ersparnis für den Verband, an Stelle der teuren Mitgliedsbücher, die dann nutzlos daliegen, einfache Quittungskarten zu veräußern. Erst, wenn auf Grund einjähriger Mitgliedschaft die Gefahr des Abspringens herabgemindert ist, können die Karten gegen die Bücher umgetauscht werden.

Zu 4. Fast auf jeder Generalversammlung wird etwas an den Statuten geändert. Damit sind die alten Bestimmungen hinfällig. Es ist deshalb angebracht, die Statuten, losgelöst vom Mitgliedsbuch herzustellen.

Zu 5. Durch Begehung eines Fehlers seitens des Wahlvorstandes ist es möglich, daß die Stimmen sich so zersplittern, daß dadurch, selbst wenn dies nicht gewollt war, die Wahl des Sekretärs vereitelt wird.

Bierfen.

Antrag 1. Die Verbandsgeneralversammlung möge einen geregelten Arbeitsnachweis (mindestens bezirksweise) einführen.

Begründung: Wird ein Mitglied arbeitslos und kann am Orte keine Arbeit finden, so braucht es sich dann bloß an die Bezirksleitung zu wenden. Erstens würde dadurch mancher Kollege eher Arbeit bekommen; die Kollegen würden der Organisation treu bleiben, und es würde vieles Geld an Unterstützung gespart. Natürlich müßte jede Zahlstelle dem Bezirk sofort oder mindestens jede Woche Bericht erstatten, wo Arbeiter eingestellt würden, und in welchen Berufen.

Antrag 2. Sollte die Steigerungsfähigkeit der Unterstufungen verlängert werden, so möchten wir beantragen, die Karenzzeit bei Krankheitsfällen auf acht Tage zu beschränken.

Begründung: Wird ein Mitglied krank und bezieht nichts in den ersten 14 Tagen, so geht es gewöhnlich in eine Versicherung und bezahlt nur noch den 40 Pf. Beitrag an den Verband, wie die Erfahrung öfter gelehrt hat. Weiter wäre es ein gutes Mittel zur Agitation, wenn nach acht Tagen Unterstufungen gezahlt werden, und die Kollegen, welche die Kasse plündern, tun es nicht bloß 14 Tage lang, sondern es sind Berufskassenträger, die es auf die 20 Wochen abgesehen haben, und dann, wenn sie ausgesteuert sind, zu einem anderen Verbandsverbande übertreten, um dort das gleiche zu tun; dafür können wir uns nicht schützen durch die lange Karenzzeit.

Hannover.

Antrag 1. Die Generalversammlung möge beschließen, den Sitz einer Bezirksleitung nach Hannover zu verlegen.

Begründung: Die Antragsteller erblicken in der Durchführung des obigen Antrages eine dringende Notwendigkeit, um einen Beamten am Orte zu haben, welcher die Interessen der Ortsgruppe

unseres Verbandes bei sehr häufig vorkommenden Gelegenheiten am besten vertritt. In der Hochburg der freien Verbände tut dies doppelt not. Auch sind die Antragsteller fest davon überzeugt, daß durch mancherlei Einrichtungen, welche von dem Beamten am Orte getroffen werden können, die Aufwärtsentwicklung unserer Organisation gefördert wird. In Hannover sowohl wie auch in der industrie-reichen Umgebung ist noch ein ergiebiges Feld zu bearbeiten, letzteres kann und muß aber gerade durch die Tätigkeit eines Beamten erobert werden.

Antrag 2: Nach 52wöchiger Karenzzeit die Erwerbslosenunterstützung bestehen zu lassen, dagegen die Steigerung in Zukunft alle 2 Jahre und nicht wie bisher alle 52 Wochen folgen zu lassen.

Begründung: Die Verwaltungsstelle Hannover hat aus der letzten Abrechnung gesehen, daß die Erwerbslosenunterstützung ein enormes Geld verschlingt, und hofft, daß durch diese Maßnahme größere Ersparnisse für unsere Kriegskasse zu erzielen sind.

Begleit.

Die Generalversammlung möge beschließen, für den Bezirk Nordbayern, speziell für die industrie-reiche Oberpfalz einen weiteren Beamten anzustellen.

Begründung: Bei der weiten Ausdehnung des Bezirks ist es einem Beamten nicht möglich, allen Zahlstellen mit der nötigen Sorgfalt und dem notwendigen Nachdruck zur Seite zu stehen. Deshalb brauchen wir für unsern Bezirk möglichst bald eine zweite freigestellte Kraft.

Ferner ist die Industrie in der Oberpfalz im stetigen Aufblühen begriffen und hat eine aussichtsreiche Zukunft. Die Zahl der Arbeiter, speziell in der Metallindustrie, vermehrt sich zusehends. Bei den Massen dieser Arbeiter muß der Organisationsgedanke geweckt und wachgehalten, sie müssen vor allen Dingen für unsere christliche Bewegung interessiert und gewonnen werden. Die Kosten eines Beamten werden sich hier doppelt und dreifach verdient machen.

Düsseldorf.

Antrag 1: Änderung des § 5, Abs. 3. Streichung der Worte: „bis zu einem Jahre“ und „die so gewonnene Wochenzahl als Karenzzeit in Anrechnung gebracht.“

Begründung: Es gibt eine ganze Reihe Mitglieder anderer Organisationen, die auf dem Boden unserer christlichen Gewerkschaften stehen, jedoch ihre langjährigen erworbenen Rechte nicht preisgeben wollen. Dieselben würden sich nach Streichung obiger Worte unserem Verbandsverbande anschließen können.

Antrag 2: Zusatz zum § 6, Abs. 1. „Außerdem ist für jugendliche, im Lehrverhältnis stehende Metallarbeiter aller Branchen eine besondere Beitragsklasse von 10 Pf. pro Woche eingeführt.“

Begründung: Es werden von allen Seiten besondere Anstrengungen zur Gewinnung der Jugend gemacht. Dies muß auch uns anspornen, der Jugend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Schaffen wir deshalb durch eine solche Beitragsklasse die Möglichkeit zur Schaffung jugendlicher Abteilungen so werden wir schon früh die Erkenntnis der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaftsbewegung in unserem Nachwuchs wecken können.

Antrag 3: Zusatz zum § 6, Abs. 5. „Die Delegiertensteuer darf nicht aus der Sozialkasse entrichtet werden.“

Begründung: Seitdem einige große Verwaltungsstellen die Delegiertensteuer aus den Sozialkassen entrichten, betrachten die Mitglieder es nicht mehr als ihre Pflicht, den Delegiertenbeitrag zu entrichten.

Antrag 4: Zusatz zum § 6, Abs. 11 oder 12. „Die Verbandsstatuten werden den Mitgliedern gesondert geliefert, da eine Einfügung in das Mitgliedsbuch sich als unzumutbar erwiesen hat.“

Begründung: Die fortlaufenden Änderungen im Verbandsstatut beweisen die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Handhabung.

Antrag 5: Streichung der Worte des § 8, Abs. 7. „täglich mindestens zweimal“ und statt dessen zu setzen, „täglich einmal bei“ usw.

Begründung: In Wirklichkeit ist diese Bestimmung in keiner Zahlstelle durchgeführt worden, weil sie nicht durchgeführt werden kann. In großen Städten würden die Mitglieder gar keine Zeit haben, sich um Arbeit umzusehen. Dafür dürfte obige Fassung richtig sein.

Antrag 6: Streichung des Abs. 10, § 8 mit Ausnahme des letzten Satzes, jedoch Streichung des Wortes „übrigen“.

Begründung: Siehe Begründung zu 4.

Antrag 7: Streichung der Worte des § 8, Abs. 12. „und gesetzliche Feiertage“.

Begründung: Es läßt sich gleichfalls in Wirklichkeit nicht durchführen, die Feiertage abzuziehen.

Antrag 8: Streichung des Abs. 3 § 12 und Abs. 15. bei Streik.

Begründung: Es führt regelmäßig zu weitgehenden Auseinandersetzungen mit den Mitgliedern, die obige Bestimmung nicht anerkennen wollen. Der Leiotragende ist regelmäßig die Sozialkasse, da unsere Kollegen nicht leidet sehen wollen, wie die Mitglieder anderer Organisationen.

Antrag 9: Streckung der Worte des § 24.
 von der 90-Pfg.-Klasse nur 10 %.
Begründung: Es ist bei den heutigen An-
 wesen einer Verwaltungsstelle einfach unmöglich, mit
 10 % der Beitragsmarken auszukommen. Es wird
 aus diesem Grunde für diese Beitragsklasse nicht
 die notwendige Stimmung unter den Mitgliedern
 gemacht. Es dürfte daher angebracht erscheinen, diese
 Bestimmung zu befestigen.

**Antrag 10: § 24. Hinweis „Agitation und Be-
 arztung“ abgeführt werden muß, ist ein neuer
 Satz anzufügen mit der folgenden Bestimmung: „Die-
 jenigen Verwaltungsstellen, an deren Spitze ein frei-
 gestellter Kollege steht, haben 1/4 der vereinnahmten
 Prozente an den Bezirk abzuführen.“**

Begründung: Gerechtigkeit und Ausgleichung
 begründen diesen Antrag. Verwaltungsstellen mit
 freigestellten Beamten haben die für örtliche Agitation
 notwendigen Summen selbst aufzubringen. Dann
 sind diese Ausgaben auch höher als bei den Keinen
 Kassenstellen. Unterstützung und Arbeitsbedarf sind
 gleichfalls von ihnen zu tragen. Diese Belastungen
 haben daher mehr zu tragen, als sie in der Lage
 sind. Die Verwaltungsstellen gehen aus diesem
 Grunde der Bearmung entgegen und es wird depre-
 mierend auf die Mitglieder und ebenso schädlich auf
 die Agitation, in jedem Quartal einen Rückgang der
 Lokalkasse feststellen zu müssen. Hier dürfte der
 Antrag eine annähernde Ausgleichung herbeiführen.

Ulm.

Die Generalversammlung wolle beschließen, bei
 dem § 9 Absatz 5 hinter die Worte „längere Strecke“
 folgend den Satz einzufügen: „von über 100 Km.“
 usw. und dann weiter abzuändern: „so darf ihm
 am Tage nach der Auszahlung in der ersten
 Ortsgruppe, die es passiert, ein höherer Betrag,
 jedoch nicht über 3 Mark ausgezahlt werden.“

Begründung: Diejenigen Kollegen, die täg-
 lich mit der Bahn 100-200 Kilometer zurücklegen,
 erhalten nach den jetzt geltenden Bestimmungen bloß
 2 Mark pro Tag. Das ist unserer Ansicht nach etwas
 wenig. Es dürfte sich deshalb empfehlen, diese
 Summe auf 3 Mark zu erhöhen, zumal dadurch die
 Reiseunterstützung keine größere Summen verschlin-
 gen würde.

Frankfurt.

**Antrag 1: Die Generalversammlung wolle be-
 schließen, die Erwerblosen resp. Krankenunter-
 stützung, in ihrer jetzt erreichten Höhe bestehen zu
 lassen und demnach den Passus im Statut zu
 streichen, auf Grund dessen nach sechsjähriger Mit-
 gliedschaft die höchste Unterstützung erreicht wird.**

Begründung: Die von verschiedener Seite
 angeregte Verlängerung der Karenzzeit von 1 auf
 zwei Jahre wird ohne Zweifel von einem großen
 Teil der Mitglieder als Härte empfunden werden,
 besonders dann, wenn sie mit rückwirkender Kraft
 durchgeführt würde. Für einen großen Prozentsatz
 der Kollegen, die als Handig und treu zu betrachten
 sind, käme dann die Höchstsumme der Unterstützung
 nicht in Betracht. Gefährlich erscheint es uns, die
 jetzt schon erreichten Unterstützungssätze durch Ver-
 längerung der Karenzzeit bei älteren Mitgliedern
 heruntersetzen zu müssen. Deshalb wird es das
 Beste sein, es bei der jetzigen Höhe zu belassen.

**Antrag 2: Die Beiträge für Jugendliche (Lehr-
 linge) nicht unter 20 Pfennig kommen zu lassen
 und dann auch demgemäß auch die Unterstützung fest-
 zusetzen.**

Begründung: Die minimalen Beiträge von
 10 und 15 Pfennig sollten deshalb festgelegt wer-
 den, damit es möglich sei, besser an die jungen
 Leute heranzukommen. Gerade diese jugendlichen
 Mitglieder kosten immer dem Verband viel Geld.
 Sie arben meistens auf Wanderschaft und haben dann
 den Verband nötig, obwohl sie noch sehr wenig zur
 Verbandskasse beigetragen haben. Sodann muß auch
 das junge Mitglied zur Opferfreudigkeit und zum
 Wirtschaften mit dem Gelde erzogen werden.

Konstanz.

Die Generalversammlung wolle beschließen, daß,
 wenn ein langjähriger Mitglied (Familienvater) aus
 irgend einem Grunde, sei es auf Grund schlechter
 Finanzielage infolge eines Unglücksfalles oder wegen
 Uebertritts zu einem anderen Berufe den Verbands-
 beitrag oder den Betrag zur Erhaltung des Sterbe-
 geldes nicht mehr bezahlen kann, die Rechte auf
 eine n Sohn übergeben, wenn der Sohn in
 demselben Berufe beschäftigt ist. Auch soll nicht
 die ganze Mitgliedschaft, sondern ein Jahr ange-
 rechnet werden.

Begründung: In unserer Zahlstelle sind
 schon wiederholt Fälle vorgekommen, (vielleicht auch
 schon in manchen anderen), daß der Vater nicht mehr
 imstande ist, den Verbandsbeitrag auch nicht den
 mindesten zu bezahlen. Hier wäre es wohl ange-
 bracht, daß wenn der Vater nicht mehr zahlen
 kann die Rechte auf einen Sohn übergehen. d. h.
 1 Jahr für denselben angerechnet werden. Hier-
 durch verliert der Verband nicht gleich zwei Mit-
 glieder. Ist einmal der Vater ausgetreten, so zählt
 der Sohn auch nicht mehr. Es wäre vielleicht hier
 der Ortsgruppe das Recht einzuräumen, von Fall zu
 Fall zu entscheiden. Wir bitten deshalb die Gene-
 ralversammlung den Antrag nach Möglichkeit an-
 zunehmen.

Dortmund.

Die Generalversammlung möge beschließen, an
 Stelle der Mitgliedsbücher für das 1. Jahr der
 Mitgliedschaft, Mitgliedskarten einzuführen, und
 zwar vom 1. Oktober 1910 ab.

Begründung: Auch unsere Organisation
 leidet wie die meisten Gewerkschaften unter einer
 sehr starken Fluktuation. Die meisten Mitglieder-
 verluste sind erfahrungsgemäß innerhals des ersten
 Jahres der Mitgliedschaft zu verzeichnen. Zur
 Zeit sind bereits Mitgliedsbücher mit der Nummer
 120 000 im Umlauf, während die tatsächliche Mit-
 gliederzahl nur 26 000 beträgt. Durch die Ein-
 führung von Mitgliedskarten können hier Erspar-
 nisse gemacht werden, die der Verbandskasse zu
 gute kommen. Der Antrag hat bereits der General-
 versammlung in Aachen, wie auch der in München
 vorgelegen. Er ist dem Vorstand zur Berücksichti-
 gung überwiesen worden, ohne daß derselben bis
 heute entworfen worden ist. Aus diesem Grunde
 ist von uns ein endgültiger Termin vorgeschlagen
 worden.

Gewerkschaftliches.

**Katholische Arbeitervereine und christliche
 Gewerkschaften.**

Auf dem 7. Verbandstag der katholischen Ar-
 beitervereine Westdeutschlands, der am 22. Mai in
 Düsseldorf stattfand, befaßte man sich auch mit
 der Gewerkschaftsfrage. Nach einem Bericht der
 „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ Nr. 22 erörterte
 Herr Dr. Drauns die gegenwärtige Situa-
 tion der christlichen Arbeiterbewegung,
 wobei er besonders auf die Gewerkschaftsbewegung
 hinwies. Er bezeichnet dieselbe als das Rückgrat
 der ganzen christlichen Arbeiterbewegung. Die Ge-
 werkschaftsbewegung schaffe die materielle Grund-
 lage, die Vorbedingung sei für den kulturellen Auf-
 stieg der Arbeiter. Sie stelle auch ein Gebiet dar,
 auf dem der Arbeiter zur Selbstbetätigung ange-
 halten werde. Die Gewerkschaftsbewegung sei auch
 deshalb zu fördern, weil sie den Arbeiter in seiner
 Erwerbstätigkeit auf der Arbeitsstätte erfaßt. Zur
 Förderung der Gewerkschaftsbewegung sei zwar schon
 vieles getan worden, aber ihre Entwicklung sei noch
 nicht befriedigend. Es fehle diesen kath. Arbeitern noch
 an jenem Geiste, der auch wirtschaftlich vorwärts
 strebe, an dem Geiste der Opferfreudigkeit. Die
 Gewerkschaftsfrage sei heute nicht mehr bloß eine
 Frage des Wissens, sondern auch eine Frage des
 Willens. Deshalb müsse in den Arbeiterver-
 einen immer wieder gemerkt werden für die Ge-
 werkschaftsbewegung. Darüber müsse Klarheit herr-
 schen, daß die Arbeiter nicht genügend geborgen seien,
 wenn sie nur den katholischen Arbeitervereinen an-
 gehören, sie müßten darum auch zum Eintritt in
 die christlichen Gewerkschaften angehalten werden.
 Dasselbe gelte auch für die Jugendvereine.
 Nachdem Nebner noch einige praktische Winke ge-
 geben hatte, wurde nach einer lebhaften Aussprache
 folgende Resolution angenommen:

Der 7. Verbandstag katholischer Arbeitervereine West-
 deutschlands erachtet angesichts der Wiederbelebung der
 wirtschaftlichen Konjunktur und der damit gegebenen Mög-
 lichkeit der Ausbreitung der Gewerkschafts-
 organisation als bringende Aufgabe der Ar-
 beitervereine im laufenden Jahre, durch eine fortgesetzte
 systematische Agitation ihre sämtlichen, insbesondere die
 neu eintretenden Mitglieder der christlichen Gewerkschaften
 zuzuführen; sobald die Werbearbeit der christlichen Ge-
 werkschaften unter den übrigen katholischen Arbeitern in
 jeder Weise zu fördern. Aufgabe der Diözesan- und Be-
 zirksbelegientage ist es, die geeigneten Maßnahmen in
 die Wege zu leiten.

Ferner wurden in der Resolution auch die staat-
 lichen Arbeiter aufgefodert, nur solchen Organisations-
 anen beizutreten, die der christlichen Gesamtbewegung
 angeschlossen sind. — Es ist erfreulich, daß die
 Arbeitervereine immer mehr zu einer entschiedenen
 Befürwortung der christlichen Gewerkschaften über-
 gehen, zum Nutzen beider Korporationen.

Ein Verräterstreich von „Eis Berlin“.

Seit nunmehr sechs Wochen geben die Damarbeiter
 in dem aufgeführten Kampfe ein Bild glänzender So-
 lidarität und Geschlossenheit. Da blieb es den Berliner
 Facharbeitern in Erier vorbehalten, das schöne Bild zu
 trüben durch einen rechten Judasstreich. So berichtet
 in Nr. 22 „Die Baugewerkschaft“ folgendes:

„Wer bisher geglaubt hat, die Führer der Facharbeiter
 seien Männer, die ihr einmal gegebenes Wort halten,
 der irrt sich. In einer gemeinsamen Vorstandssitzung,
 die vor der Aussperrung stattfand, erklärte der Vor-
 sitzende der Bauarbeiter, sowie die übrigen Facharbei-
 ten, mit den übrigen Organisationen zusammenzu-
 gehen und alle auf die Bewegung bezüglichen Be-
 schlüsse zur Durchführung zu bringen. Dieses Mannes-
 wort hat man nun in der schändlichsten Weise gebrochen.“

Ueber die Köpfe der anderen Organisationen, ja selbst
 der eigenen Mitglieder hinweg, schloß man mit den Bau-
 unternehmern einen Vertrag ab, der auf der ganzen
 Linie Verletzungen enthält. Die Unternehmer hatten
 nun nichts Eiligeres zu tun, als eine Erklärung in allen
 Tageszeitungen zu erlassen, die die Aussperrung in Erier
 für beendet erklärt und die Unorganisierten Arbeit zu
 den Bedingungen des Fachabteilungsvertrags anbot. Nur
 die nötigen Gegenmaßnahmen der anderen Organisationen
 verhinderten, daß die Wünsche der Unternehmer in Er-
 füllung gingen.

Da wundert sich „Eis Berlin“ noch, daß die christ-
 lichen Gewerkschaften in Zeiten des Kampfes mit den Fach-
 arbeitervereinen nicht zusammengehen können. Jetzt noch, bei
 der Besprechung des Berliner „Selbstschutzes“, kann es
 „Der Arbeiter“, das Organ der Berliner, in Nr. 22 nicht
 unterlassen, in der gemühten Weise gegen die christlichen
 Gewerkschaften vom Leber zu ziehen, sie mit der Sozial-
 demokratie in einen Topf zu werfen. Das ist denn doch
 die Höhe! Wobin würden wir wohl kommen, wenn wir
 mit „Eis Berlin“ gemeinsam handeln würden. Unsere
 eigene Stellung würden wir untergraben zum Schaden der
 Arbeiter. Dafür bedanken wir uns. Wer in einem solchen
 Kampf wie es der Revolverkampf ist, die eigenen Mit-
 glieder vertraglich zu den schlechtesten Bedingungen dem
 Unternehmertum ausliefert, hat kein Recht, uns mit der
 Sozialdemokratie auf eine Stufe zu stellen. Durch eine
 solche Moral, wie „Eis Berlin“ sie anzuwenden beliebt,
 wird jedenfalls die Arbeiterschaft nicht von der Sozial-
 demokratie abgehalten, sondern ihr gerade in die Arme
 getrieben.

Im Kampf im Baugewerbe

Die Situation im Baugewerbe hat nunmehr eine
 Wendung genommen. Im Reichstagsgebäude finden
 unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrat Wiedersheim
 Einigungsverhandlungen statt. Als Grundlage der-
 selben dient das alte Vertragsmuster. Das heißt
 es allerdings nicht gelungen, eine ganze Reihe von
 Differenzpunkten aus der Welt zu schaffen, wenn
 auch schon bezüglich mancher Fragen eine Einigung
 erzielt wurde. Die Unternehmer wollen nicht ab-
 lassen von dem zentralen Abschluß des Tarifes,
 für den die ganze Situation noch nicht reif ist, wäh-
 rend die Vertreter der Arbeiter mit Recht fordern,
 daß alle mit dem Wesen des Tarifvertrages un-
 vereinbaren Forderungen der Arbeitgeber gestrichelt
 werden. Es gehört hierher die Anerkennung des
 einseitigen Arbeitgeberverweises. Die Arbeiter sehen
 in ihm eine Verletzung der Gleichberechtigung und
 damit auch der Grundlage des Vertrages und ver-
 langern paritätische Arbeitsnachweise. Desgleichen
 fordern sie auch und wohl mit Recht, daß alle
 beherrschbaren Begriffe, wie das Wortchen „Machtige“
 usw. aus dem Vertrage entfernt werden.

Angesichts der Verhandlungen ist wohl die
 Hoffnung am Plat, daß endlich einmal die be-
 sonnen, vernünftigen Elemente innerhalb des
 Unternehmertums die Oberhand gewinnen, daß man
 die fortgesetzten Anfeuerungsversuche der Groß-
 industrie unbeachtet läßt im Interesse des Gewerbes.
 Die Leidtragenden bei der ganzen Geschichte würden
 nur die kleineren Unternehmer sein. Der eigentliche
 Zweck des Kampfes, Niederknüttelung der Arbeiter-
 organisationen, ist ja doch nur ein Kampf gegen
 Windmühlensflügel. Dafür bürgt die glänzend be-
 wahrte Solidität und Opferwilligkeit der Ar-
 beiter.

**Der 17. Verbandstag der Girsch-Dunckerischen
 Gewerkschaften**

fand nach Pfingsten in Berlin statt. Der Verband-
 vorsitzende Goldschmidt (Berlin) hat dem Verband-
 tag einen Bericht über die Tätigkeit und Ent-
 wicklung der Gewerkschaften seit 1907 unterbreitet.
 Die Girsch-Dunckerischen Gewerkschaften nahmen im
 Jahre 1909 um 7 Ortsvereine und 2395 Mitglieder
 zu, sodasß sich die Zahl der ersteren auf 2102,
 die der letzteren auf 108 028 stellt. In dem Be-
 richt wird darüber festgestellt, daß sowohl die christ-
 lichen, wie die sozialdemokratischen Gewerkschafts-
 führer im Reichstage und in den Landtagen sitzen,
 während die G. D. Gewerkschaften gegenwärtig auch
 nicht einen einzigen Sitz in den Parlamenten auf-
 zuweisen haben. Die liberalen Parteien schaffen
 eben immer noch lieber Doppelmandate, als daß
 sie Arbeiter ihrer politischen Richtung auf den
 Schild erheben.

Nach kurzer Diskussion über den Bericht ver-
 breitete sich der freisinnige Stadtrat Dr. Fisch über
 „die Reform des Arbeitsrechts“. In diesem
 Referat wurde das Arbeitsverhältnis als Gewalt-
 verhältnis und in der nachher vorgelegten Resolution
 dessen Ablösung durch ein Rechtsverhältnis als
 das vornehmste Prinzip der gewerkschaftlichen Tätig-
 keit bezeichnet. Dann referierte Goldschmidt über
 „Neuregelung des Koalitionsrechts“. Mit
 der Frage, „Arbeitslosenversicherung und Arbeits-
 nachweis“ beschäftigte sich nun der Verbandstagsab-
 geordnete Schumacher. Er bezeichnete es als not-
 wendig, daß im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit
 keine Kommune und Organisation zusammengehen.
 Nach einem weiteren Referat über den Ausbau der
 Invalidenversicherung befaßte man sich auch mit
 der Neutralitätsfrage. Es wurde hierzu
 nach längerer Debatte folgende Resolution ange-
 nommen:

1. Der 17. Verbandstag bekennt, daß gegenwärtig nicht
 ein einziger Gewerkschaftler dem Reichstage bzw. einem
 Landtage angehört. Der Verbandstag hält es für dringend
 notwendig, daß sowohl der Vorsteher in des Verbandes wie
 auch andere Führer der Gewerkschaften in die Parla-
 mente gewählt werden. In Wahrung der partei- und kirchenpoliti-
 schen Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist den Kollegen die
 Wahl der Partei zu überlassen, für die sie als Kandidaten
 auftreten wollen. 2. In der Frage des parteipolitischen
 Verhaltens machen sich Änderungen der Beschlüsse von 1907
 nicht notwendig. Die Gewerkschaften sind und bleiben un-
 getrieben und parteipolitisch unabhängig. Es ist drin-
 gende Pflicht aller Mitglieder, neben der Mitgliedschaft bei

den Gewerksvereinen auch ihrer Pflicht als Staatsbürger durch Eintritt in eine politische Partei Genüge zu leisten. Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß jedes Mitglied die Freiheit zu politischer Betätigung hat, und daß die Gewerksvereine, wenn sie das politische Gewicht der Mitglieder sozialpolitisch fruchtbar machen wollen, mit ihren Führern an der Spitze sich in den Parteien einfließen lassen müssen. Die parteipolitische Betätigung der Gewerksvereine als Staatsbürger darf nicht innerhalb der Gewerksvereine erfolgen, sondern muß in den Parteien selbst bzw. in deren Versammlungen und Einrichtungen geschehen; dasselbe gilt auch von der religiösen Betätigung, die in den kirchlichen Gemeinschaften zu erfolgen hat.

Dieser Beschluß ist nichts Neues und nichts Neues. Er verbürgt nur, daß in dem alten Konfuziusen Wirtswort weiter gewirkt werden soll. Das zeigt sich schon daran, daß in der Hirsch-Duncker'schen Presse die Erörterungen über die Neutralitätsfrage lustig weitergehen. Selbst die den Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine so nahe stehende „Frankfurter Zeitung“ äußert sich sehr unzufrieden. Sie sagt nämlich in ihrer Nr. vom 21. Mai, „daß bei einem engen Aneinander schließen der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine und der fortschrittlichen Volkspartei für erstere mehr herauskäme, als bei der jetzigen verschwommenen Neutralität.“ Die „Neuerungen“ an der Spitze reden in der Theorie von „Neutralität“ und in der Praxis handelt man nach dem Erkelenschen Grundsatze: „Neutralität ist Unsinn“ und macht in Antiliberaler Politik, so gut und schlecht man eben kann. Die innere Hohlheit und Zerfahrenheit der Hirsch-Duncker'schen Richtung ist durch den diesjährigen Verbandstag wieder mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung getreten.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands

Hat im verfloffenen Jahre trotz der Nachwehen der Krise seine Mitgliederzahl um ein Kennenswertes vermehren können. Er schloß das Jahr 1908 mit 3922 Mitgliedern, 1909 aber mit 4198 Mitgliedern ab. Der in 1908 erlittene Verlust an Mitgliedern ist somit wieder ausgeglichen und befindet sich der Verband in einer kräftigen Fortentwicklung. An Einnahmen, ohne Kassenbestand, hatte der Verband 73 878 Mark, an Ausgaben 62 701 Mark. Für Unterstützungen wurden 23 762 Mark verausgabt; das Verbandsorgan kostete 6108 Mark, den Poststellen verblieben 13 606 Mark. Das Vermögen des Verbandes lag auf 45 998 Mark. In Lohnbewegungen war der Verband 48 mal mit insgesamt 789 Mitgliedern beteiligt. 18 davon führte der Verband allein, 30 mit anderen Verbänden. In 27 Fällen war die Mehrheit der Mitglieder organisiert. Bei 13 Bewegungen kam es zum Streik, und zwar zu 7 Angriffen und 6 Abwehrstreiks. An Entlohnungen sind zu verzeichnen, soweit dieselben festzustellen sind, circa 50 000 Mark mehr Lohn pro Jahr, desgleichen rund 90 000 Stunden weniger Arbeitszeit, dazu noch eine Reihe sonstiger Verbesserungen bezugl. der Hygiene, Behandlung der Arbeiter u. dgl. Tarifverträge konnte der christliche Lederarbeiterverband 12 abschließen, davon eine Anzahl allein.

Alles in allem blickt der in Nr. 10 des Verbandsorgans „Deutsche Lederarbeiterzeitung“ veröffentlichte Jahresbericht des genannten Verbandes ein Bild emsigen Schaffens und echter gewerkschaftlicher Arbeit. Das sollte die christlichen Schuh- und Lederarbeiter anspornen, sich dem Verbande anzuschließen. Die Zentrale in Frankfurt a. M., Schürmbergstraße 73, nimmt Anmerkungen entgegen und stellt auch bereitwillig Agitationsmaterial zur Verfügung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik auf der Döbberger Hütte

nimmt unverändert seinen Fortgang. Der Betrieb liegt vollständig still. Die Firma wie der Arbeitgeberverband übertrifft haben in der Tagespresse mehrere Verantwortungen über die Ursachen des Streiks veröffentlicht, die ein falsches Bild der Situation ergeben. Unsere Bezirksleitung hat den Angaben des Arbeitgeberverbandes gegenüber folgende Erwiderung und Mithatstellung der Deutlichkeit übergeben:

1. Der Streik auf der Döbberger Hütte hat seine Ursache in der durchaus ablehnenden Haltung der Werkleitung den berechtigten Wünschen der Arbeiter gegenüber; ferner in der beharrlichen Weigerung, mit den Arbeitern eine Aussprache über die Differenzpunkte herbeizuführen. Dieses wird am besten bewiesen durch die Angabe des Werkes, sechs Formner seien die Störenfriede. So töricht ist weder die Bezirksleitung des christl. Metallarbeiterverbandes noch die bis zum letzten Mann dem christl. Metallarbeiterverbande angehörenden Formner, daß sie Störenfriede zuliebe einen wirtschaftlichen Kampf entfesseln. Tatsache ist, daß die Neuordnung der Dinge am 22. Februar in Kraft trat. Auf das dringendste Anraten der Organisationsleitung, die Wirkung der Neuordnung erst abzuwarten, geduldeten sich die Arbeiter. Da aber die Verhältnisse schlimmer statt besser wurden, machten die Arbeiter am 21. März eine Eingabe an das Werk. Diese Eingabe beantwortete die Werkleitung am 24. März in einem neunseitigen, mit Schreibmaschine hergestellten Schreiben in durchaus ablehnendem Sinne. Am 13. April unterbreitete die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes der Werkleitung die Wünsche der Arbeiter. Angesichts dieser Zeiträume die Behauptung aufzustellen, daß der christl. Metallarbeiterverband hätte sich der Sache eher bemächtigt, ehe die Geschäftsleitung Zeit gefunden, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen, ist doch mindestens sehr gewagt. Im übrigen sind uns keine Störenfriede bekannt, trotz nochmaliger genauer Nachfrage konnten wir keine ermitteln. Die eszungen daher hierdurch die Geschäftsleitung der Döbbergerhütte, in aller Form und die Namen der angeblichen Störenfriede zu nennen.

2. Die Nichtbezahlung des untergeschuldeten Fehlgusses bedeutet in Verbindung mit der willkürlichen Berechnung des Uebergehendes eine empfindliche Lohnminderung für die Arbeiter. Unsere Lohnbewegungen haben

die Werkleitung bisher nicht einmal zu bestreiten versucht. Warum wohl? Weil an den von uns genannten Zahlen nicht zu denken ist. Andererseits steht fest, daß die Nichtbezahlung des untergeschuldeten Fehlgusses für die Formner eine Preisgabe des historischen Rechts bedeutet. Die Sktte besteht, solange eine Döbberger Hütte existiert. Verschlagen wurde im Februar 17 Formner für 37 Mk., im März 18 Formner für 54 Mk. und im April 27 Formner für 127 Mk. Ware, an der untergeschuldetes Fehlen waren. Das Unhaltbare ihres Vorgehens zeigt die Werkleitung aber schon selbst einzusehen, denn bei der letzten Lohnzahlung im Mai hatte sie den 27 Formnern nicht die vorgenannte Summe von 147 Mk. abgezogen, sondern nur 44 Mk. Das besagt genug.

3. Sollten die Löhne so geringfügig hohe sein? Auch stehend die Löhne. Im Februar verdienten 6 Formner unter 80 Mk., 4 von 81-90 Mk., 6 von 91-100 Mk., 10 von 101-110 Mk., 22 von 111-120 Mk. 8 von 121-130 Mk. und 4 über 130 Mk. Ähnlich im März. Diese Löhne sind in Anbetracht der schweren und gesundheitschädigenden Arbeit alles andere, nur nicht zu hoch. Den statistischen Nachweis werden wir, wenn es gewünscht wird, in Kürze erbringen, daß die Arbeit sehr gesundheitschädigend und aufreibend ist. Angesichts des Vorstehenden überlassen wir die Beurteilung über die hohen Löhne ganz getrost der Öffentlichkeit. Hieran wird auch nichts geändert durch die Angabe der Firma, die Löhne hätten sich nach der Neuordnung noch um etwas gesteigert. Wäre das Gegenteil der Fall, so würde zweifellos behauptet, die Arbeiter lebten durch die Organisation passiven Widerstand, um auf diese Weise eine künstliche Niederhaltung des Lohnes zu erreichen. Die Formner sind also glänzend rehabilitiert. Unwillkürlich fragt man sich aber auch, wo bleibt denn eigentlich die Tätigkeit der Störenfriede?

4. Die Behauptung der Werkleitung, sie hätte sehr gern mit einer von allen Arbeitern gewählten Kommission verhandelt, ist nichts anderes als eine Verlegenheitsausrede. Wie sich die Firma dieses denkt, sagt sie wohlweislich nicht. Wir wollen die Unmöglichkeit einer solchen Forderung an einem praktischen Beispiele klar machen. Geht den Fall, das Werk liege einen Arbeiterauschuss wählen. An der Wahl beteiligten sich aber nur 50 Proz. der Arbeiter. Würde die Firma nach dem von ihr proklamierten Grundsatze handeln, — und anders kann sie doch wohl nicht, — erklärt nur mit einer von allen Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln, — würde sie auch den so zu gute gekommenen Ausschuss ablehnen. Was aber dann? Ferner müßten aber auch alle jugendlichen Arbeiter mitwählen. Wo wird diesen aber ein Wahlrecht zugesprochen? Auf der Döbberger Hütte sind aber 25-30 Prozent der Belegschaft unter 20 Jahre alt. Warum geht zur Genüge hervor, daß das Verlangen der Werkleitung absolut nicht zu erfüllen ist. Würde das Verlangen der Werkleitung auf das praktische Leben angewendet, dann käme keine einzige Mehltagewahl zustande.

5. Die Erklärung des Arbeitgeberverbandes, er habe die Sachlage eingehend geprüft, berührt uns sehr eigenartig. Wir meinen, eine gewissenhafte Prüfung sei nur möglich nach dem Grundsatz „ambitur et altera pars“ Wir haben unsere Geneigtheit, den Grundsatze anzuerkennen, verschiedentlich zu erkennen gegeben, sind auch heute noch dazu bereit. Das ist auch dem Arbeitgeberverband bekannt. Hoffentlich wird er baldigst diesen Grundsatze ebenfalls anerkennen.

6. Die Arbeiter haben alles getan, um einen Kampf zu vermeiden; weiter zu gehen verbot ihnen die Selbstachtung. Daher sehen die Arbeiter den Dingen mit Ruhe entgegen. Sie kämpfen nicht um des Kampfes, sondern um der Gerechtigkeit willen. Daher gebührt ihnen auch die Sympathie der ganzen Öffentlichkeit.

Die Arbeiter der Döbberger Hütte stehen einig und geschlossen da und sind gewillt, den Kampf um ihr gutes Recht mit aller Ruhe und Besonnenheit, aber auch energisch und beharrlich durchzuführen. Hoffentlich kommt die Direktion der Hütte resp. der Arbeitgeberverband, bald zu der Einsicht, daß ein Entgegenkommen und der gute Wille zur Verständigung beiden Seiten von Vorteil ist.

Die Lohnbewegung bei der Firma Heine in Wierzen

ist nunmehr zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Das gewiß berechtigte Verlangen der Arbeiterschaft, eine den heutigen Lebensverhältnissen Rechnung tragende Lohnaufbesserung zu erhalten, ist damit in Erfüllung gegangen. Die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen zitierten für die Arbeiter folgendes günstiges Resultat:

Die Lohnarbeiter erhalten eine Lohnerrhöhung von 3 Pfennig pro Stunde. Ferner wurden die Akkordsätze um 5% erhöht. Für die Dreher wurde als Grundlohn festgesetzt: Für eine Wank 50 Pfg., für zwei Wänke 52 Pfg. und für drei Wänke 56 Pfg. Ebenso wurde auch die Bezahlung der Ueberstunden in einem für die Arbeiter günstigen Sinne neu geregelt.

Alles in allem sind diese Zugeständnisse als schöner Erfolg für die Arbeiter der Firma Heine zu bezeichnen, umso mehr, als dieses erreicht werden konnte ohne Kampf.

Das möge den Kollegen von Wierzen ein Ansporn sein, unermüdet zu wirken an der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Nur durch geschlossene Einigkeit in der Organisation ist es uns möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Zwangsarbeitsnachweis in Hagen-Schwelm.

Kann in der Sache der Entlohnung, den die Entlohnung des Zwangsarbeitsnachweises innerhalb der Arbeiterschaft auslöste, verhält, muß jetzt schon wieder ein bewährter Versuch des Unternehmens festgelegt werden. Diesmal ist es der Arbeitgeberverband von Hagen-Schwelm, der die Einführung eines solchen verwerflichen Arbeitsvertragsansatzes ab 1. Juli dieses Jahres beabsichtigt hat. In der Verhandlung wird gesagt, daß der

Arbeitgeberverband zu diesem Schritte sich gezwungen sah, um der andauernden Beunruhigung der Industrie durch die Organisationen“ und weil „im Interesse der Selbsterhaltung dem von den Organisationen erzielten Arbeitsnachweis gesteuert werden müsse.“

Also wenn die Arbeiter beitreten sind, ihre Lage zu bessern, aus diesem Bestreben heraus gerechte Forderungen stellen, ist das eine Beunruhigung der Industrie. Um dem entgegenzutreten, muß dann ein Zwangssystem eingerichtet werden, wie es in der vom Gesamtverband herausgegebenen Broschüre gebrandmarkt wurde.

Dieselben Bestimmungen finden sich hier wie dort. So besagt der § 5:

„Für jeden Arbeiter wird eine Personalkarte... geführt, in welche jeder Arbeitswechsel eingetragen wird. § 6: Nach Vorlage ordnungsgemäßer Papiere wird dem Arbeitssuchenden ein Schein ausgestellt, wodurch ihm Arbeitsgelegenheit nachgewiesen wird.“

§ 9 sagt: Kein Mitglied ist verpflichtet, zugewiesene Arbeiter einzustellen. Wird ein mit Arbeitsnachweis versehen überwiefener Arbeiter nicht eingestellt, so ist der Arbeitsnachweischein nach Abhemmung durch die Firma an den Arbeiter zurückzugeben.“

Dann bringt der Arbeiter sein eigenes Urteil, welches ihn und seine Familie auf längere oder kürzere Zeit brotlos macht, selbst zum Arbeitsnachweis hin, wo er dann entsprechend der vom Arbeitgeber geprägten Signatur in der Personalkarte registriert wird.

Um dem Protest der Arbeiter vorzubeugen, lobt man den Nachweis selbst: Er enthalte „durchaus humane Bestimmungen“, „lege im Interesse der ordnungsliebenden Arbeiter“, „biete kostenlos, bequeme Vermittlung“, „Koalitionsrecht und Freizügigkeit des Arbeiters wird nicht gefährdet“ usw. Nur einmal guckt der Pferdebuss heraus. In Belobigung des Arbeitsnachweises wird gesagt, daß er im Interesse der Arbeitgeber liegt. Das ist wenigstens frei und offen gesprochen. Er liegt im Interesse jener Herrenmenschen, die keine freien Arbeiter, sondern nur gefällige, willenslose Sklaven haben wollen. Dazu werden die Arbeiter stundenlang geistert und wehe dem Arbeiter, der mal unzufrieden sein sollte mit den Brotsamen, die von des Herrn Tische fallen. Er wird gebannt, selbst die Arbeitsnachweiszeit wird ihm genommen.

Das sind Sturmzeichen für die kommende Zeit, Warnungssignale für die Arbeiterschaft, die Augen offen zu halten, unermüdet zu arbeiten an der Stärkung der Organisation. Nur durch die gewaltige Stoffkraft der geeinigten Arbeitermassen ist es möglich, diese Pläne der Unternehmter zu paralysieren.

Streik auf der Schiffswerft von Gebrüder Sachsenberg in Göln-Deuh.

Seit längerer Zeit schon hatten sich die Arbeiter der obigen Firma über manche Mißstände zu beklagen. Die letzte Krise war der Firma ein willkommenes Anlaß, eine ganze Reihe von Akkordbajagen durchzuführen. Nach sonst war die ganze Lohnzahlung ein Akt der Barmherzigkeit. Von den Arbeitern der gleichen Kolonne erhielt der eine einen Zuschlag, der andere nicht, je nach dem Gutdünken des betreffenden Vorgesetzten. Die Arbeiter bemühten sich, diese Mißstände mit allem Nachdruck zu beseitigen. Die von den Arbeitern formulierten Forderungen wurden vom Ausschuss der Direktion unterbreitet, die sich indessen zu einer klaren Antwort nicht herbeiliess. Des ewigen Zuwartens müde, legten die Arbeiter am 25. Mai geschlossen die Arbeit nieder. Auch die Forderung der Firma, jedoch, der am 29. Mai nicht wieder mit seiner Tätigkeit beginne, zu entlassen, vermochte die Einmütigkeit der Arbeiter nicht zu erschüttern.

Die Stimmung unter den circa 200 Streikenden ist eine gute, trotzdem die Firma durch die verschiedenartigsten Maßnahmen versucht, die Bewegung zu ihren Gunsten zu bewegen. Die Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes wurde zwei Stunden pro Tag verlängert, um eine möglichst rationelle Wirkung im Interesse der Firma zu erzielen. Die angeworbenen Leute werden mit Bier und Zigaretten bewirtet, per Auto nach dem Betrieb gefahren, um dann dem gestillten Hause wieder Geleit zu sagen. Selbst die Polizei muß schon in Tätigkeit treten, obwohl noch keinerlei Beweisschlüsse dazu gegeben wurde. Die Arbeiter werden sich durch all dieses nicht betören lassen, sondern die Firma wird das Gegenteil von dem erreichen, was sie will.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Dachau. In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen. Ahlen (Westf.). Bei der Blechwarenfabrik Linne-mann-Schulte u. Co. sind wegen Akkordbajagen Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Ueber die Keramikerei der Firma Soest u. Co., Reicholz ist die Sperre verhängt worden.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schrauben-fabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik.

Solingen. Die Formner und Gleisereihilarbeiter der Firma Kieselring u. Albrecht haben die Kündigung eingereicht.

Sundern bei Arnberg i. B. Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

Dortmund-Lünen. Auf der Spinnerei, Lünen Hütte, Lünener Spinnerei und der Hütte „Westfalia“ sind 700 Arbeiter ausgespart. Dagegen von Arbeitern aller Berufe ist ferngehalten.

Eßlingen. Bei der Firma J. Duberstadt sind die Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Nürnberg. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spaeth, Dugentisch, in der Drahtstiftfabrik Dechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat wegen eines partiellen Streiks in Gevelsberg eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter beschlossen und teilweise schon durchgeführt.

Elberfeld. In der Schlosserwerkstelle der Schwebebahn in Böhwinkel ist wegen Lohnunterschieden Streik ausgebrochen.

Danzig. Bei der Firma Rischberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Kettwig. Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, sind sämtliche Formen wegen Lohnunterschieden gemahregelt worden.

Olberg. Die Formen der Olberger Gütte stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Obi-Deuz. Sämtliche Arbeiter der Firma Gebr. Sachsenberg, Schiffswerk, stehen im Streik wegen Lohnunterschieden.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 5. Juni 1910 der dreiundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 12. Juni fällig.

Die Ortsgruppe Eilendorf erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pf. pro Woche. Die Rückzahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg. Am verflochtenen Sonntag, den 22. Mai, fand in Ruhrort im Konfordiaaal unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, welche einen verhältnismäßig guten Besuch aufwies. Aus dem Rassenbericht entnehmen wir folgendes:

Einnahmen für die Hauptkasse	5425,79 M.
Ausgaben für Unterstiftung	3175,55 "
An die Hauptkasse abgeliefert	2250,24 "
Einnahmen für die Lokalkasse	3971,76 "
Ausgaben der Lokalkasse	1594,26 "
Bestand der Lokalkasse	2377,50 "

Die Mitgliederbewegung zeigt ein günstiges Bild. Aufnahmen und Uebertritte sind 221 zu verzeichnen.

Nach dem Geschäftsbericht hielt Kollege Burgatz einen Vortrag über Agitation und besondere Vorkommnisse im letzten Vierteljahr. Dem hierauf einmündigen wir folgenden: Besonders bemerkenswert waren die Streiks bei der Welfirma Krupp und ihre Begleiterscheinungen. Am 1. Februar schickten 70 Arbeiter der Friedrich-Werke eine Kommission von 4 Mann zum Betriebsführer Körber, um über einen erfolgten Lohnabzug zu verhandeln. Der Betriebsführer hörte die Arbeiter, welche fast alle unorganisiert waren, nicht an, sondern gab ihnen zu verstehen, daß sie sofort entlassen würden, wenn sie innerhalb einer Viertelstunde die Arbeit zu dem geringeren Lohn nicht fortsetzten. Nach Ablauf dieser Frist entließ Herr Körber die 70 Arbeiter mit den Worten: „Macht, daß Ihr herauskommt! Schert Euch zum Teufel! Eure Kapiere liegen bereit.“ Um nicht durch die Feuerwehr herausgebracht zu werden und dafür noch 6 Mark zahlen zu müssen, wie es bei Krupp üblich ist bei Nichtbefolgung der Befehle, verließen die Arbeiter den Betrieb. Wegen angeblichen Kontraktbruch bestrafte die Firma diese Arbeiter mit Abzug von 6 Schichten Lohn. Der christliche Metallarbeiterverband nahm sich der entlassenen Arbeiter an. Am Gewerbegericht in Hülmerheim ist Klage eingereicht worden gegen die Firma auf Herauszahlung des einbehaltenen Lohnbeitrages. Das Gericht beurteilte in seiner Sitzung vom 18. Februar die Firma Krupp, die 6 Schichten Lohn an den Kläger herauszahlen, weil die 70 entlassenen Arbeiter keinen Kontraktbruch verübt hätten. In der Arbeitsordnung der Firma Krupp, § 19, heißt es, daß die Arbeiter den Kontrakt gebrochen hätten, welche mehr als 2 Schichten ohne genügende Entschuldigung bei der Arbeit fehlen. Die Gewerbegerichtsverhandlung ergab, daß der Betriebsführer Körber unter Aufzeichnung der Arbeitsordnung die Arbeiter bestrafen ließ. Durch die Hilfe des christlichen Metallarbeiterverbandes ist den Arbeiter die Rechte am Gewerbegericht erfüllt worden. Für die betreffenden Arbeiter macht dies eine Summe von 4-5000 Mark aus. Ganz besonders wichtig und beachtenswert ist die Ausrüstung des Vertreters der Firma, daß durch den Wechsel der Arbeiter ein Schaden von 50000 M. entstanden sei. Hieraus ist deutlich die Bedeutung der Arbeiter zu erkennen.

Am demselben Monat war auch ein Streik der Hochschmelzer zu verzeichnen. Der Verlauf dieses Streiks

wurde im Verbandsorgan sowohl als auch in der Tagespresse mitgeteilt. Bemerkenswert ist auch hier das Verhalten des Ortsbeamten des sozialdem. Metzger- und Maschinenverbandes. In einer Mitgliederversammlung erklärte derselbe seinen Mitgliedern: Wenn Ihr Euch sozialistisch erklärt, so bekommt Ihr keinen Pfennig Unterstützung.

Der dritte Streik ist noch in aller Erinnerung, auch hat unser Verbandsorgan die Sachlage vollständig geklärt. Nur das eine wollen wir noch bemerken: Nach dem bekannten Anschlag seitens der Direktion fand am Ostermontag eine Versammlung der Metzger- und Maschinenarbeiter statt. In dieser Versammlung wurden christlich organisierte nicht zugelassen mit dem Bemerkten des Beamten des soziald. Metzger- und Maschinenverbandes: „Wir wollen nicht, daß morgen die Firma weiß, was wir beschlossen haben.“ Man höre und staune! In derselben Versammlung erklärte der Zentralvorsitzende genannten Verbandes, Schöffel: Ich begrüße es, daß auch ein Vertreter der Firma zugegen ist, um Verzicht erstatte zu können. Das Urteil über dieses Verhalten überlassen wir unsern Kollegen.

Auch in diesem Quartal sind größere Bewegungen zu verzeichnen, welche bis jetzt ein einseitiges Resultat noch nicht gezeigt haben. Der Streik auf der Metallhütte in Wankheim, welcher von unserm Verband allein geleitet wurde, konnte durch Vermittlung des Herrn Gewerbeinspektors für die Arbeiter unter günstigen Bedingungen beendet werden. Den Gasbockern ist die geforderte achtstündige Arbeitszeit bewilligt worden. Auf der Duisburger Kupferhütte stehen die Hochschmelzer in einer Bewegung wegen Lohnhöhung.

Aus allen diesen Bewegungen ist zu erkennen, daß die Arbeiter des hiesigen Bezirks mit allen Mitteln versuchen, den Schaden wieder wett zu machen, welcher durch die Krise und das große Heer der Unorganisierten entstanden ist.

Das innere Gewerkschaftsleben kann ein gutes genannt werden. Die Hausagitation wurde in allen Bezirken, mit Ausnahme von Saar, mit großem Erfolg durchgeführt. Dieselbe hat bis heute bereits 500 Aufnahmen gezeitigt. Ein befriedigendes Resultat zeigt die Werbetätigkeit unter den Zechenmetallarbeitern.

Mit begeisterten Worten forderte Kollege Burgatz die anwesenden Frauen aus, mitzuhelfen an der Hebung des Arbeiterstandes; denn nur durch gemeinsames Arbeiten ist es uns möglich, die hohen Ziele der christlichen Gewerkschaften zu verwirklichen.

An diesen Bericht schloß sich eine lebhaft Diskussion, welche in allen Teilen mit den Ausführungen des Referenten übereinstimmte. Allseitig wurde versprochen, in eine rege Agitation zu treten, damit zur Verbands-Generalversammlung die Mitgliederzahl erreicht ist, welche als Ziel gesetzt wurde. Wir einem begeisterten Hoch auf unsern Verband wurde die in allen Punkten so anregend verlaufene Versammlung von dem 1. Vorsitzenden, Kollege Reker, gegen 7 Uhr geschlossen.

Berlin. Unsere Vorstands- und Vertrauensmänner-sitzung, welche am Samstag, den 27. d. M. tagte, beschloß die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. In dieser soll den Kollegen der Vorschlag gemacht werden, für die Dauer des Bauarbeiterkampfes einen wöchentlichen Extrabeitrag von 80 Pf. einzuführen.

Pforzheim. Am 10. Mai ds. Jrs. fand im Lokal des Evangel. Männer- und Junglingsvereins eine gut besuchte Versammlung zwecks Gründung eines Jugendauschusses am hiesigen Orte statt, zu der Vorstands- und Vereinsmitglieder der Junglingsvereine zahlreich erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende Herr Haffelshardt den Zweck der Versammlung erklärt und darauf hingewiesen hatte, wie die Sozialdemokratie die Jugend für sich zu gewinnen suche und auch nicht zurückbleiben dürften, referierte Gewerkschaftssekretär Kollege P. Krug aus Stuttgart über das Thema: „Zweck und Ziele des Jugendauschusses. Er führte u. a. aus: Der Zweck des Jugendauschusses ist nicht der, eine neue Organisation zu gründen, sondern eine größere Führung zu nehmen mit den bereits bestehenden Organisationen, um die Jugend auf dem christlich-nationalen Boden zu erhalten. Auf katholischer, wie auch auf evangelischer Seite ist schon viel für die Jugend getan worden. In Deutschland bestehen zur Zeit 2648 katholische Jugendvereine mit 264300 Mitgliedern und 1967 evangelische Jugendvereine mit 123860 Mitgliedern, ein Beweis, wie schon gearbeitet worden ist. Auf katholischer Seite beschränkt man sich seit einer Reihe von Jahren nicht nur darauf, die jungen Leute religiös zu erziehen, sondern man will sie als ganze Männer hinaus ins öffentliche Leben senden. Man begann die Mitglieder beruflich weiter auszubilden und sie staatsbürgerlich zu schulen. Auf evangelischer Seite folgte man dann dem Beispiele der kath. Jugendvereine.

Kun ist ein gefährlicher Gegner für die christlichen Jugendvereine entstanden, der die jungen Leute in ganz harmloser Weise in Turn- und anderen Vereinen zusammenholt, angeblich, um ihnen Unterhaltung aller Art zu bieten, in Wirklichkeit aber die Jugend aufhebt gegen Kirche und staatliche Obrigkeit. Es ist dies die sozialdemokratische Jugendorganisation, die während der kurzen Dauer ihres Bestehens bereits 40000 Mitglieder unter der roten Fahne gesammelt hat. Wenn wir nicht ein wachsameres Auge auf die Organisation haben, geht uns ein großer Teil unserer Jugend verloren. Zu oft kommt es vor, daß sich die jungen Leute in diesen Vereinen nicht auskennen und dann, ohne daß sie es bemerken, langsam aber sicher auf die tiefste Ebene geraten. Da ist es zweifellos eine Aufgabe aller auf christlich-nationalen Boden stehenden Organisationen und hauptsächlich des neu gegründeten Jugendauschusses, aufzupassen zu wirken und die jungen Leute von den sozialdemokratischen Verbänden abzuhalten und sie für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Gegenüber der verheerenden Arbeit der Sozialdemokratie muß etwas geschehen; es geht jetzt um den Mann.

Nachdem der Vorsitzende dem Herrn Referenten gedankt hatte und konstatierte konnte, daß alle Anwesenden von der Nöwendigkeit eines Jugendauschusses überzeugt seien, schloß er die so schön verlaufene Versammlung.

Sterbetafel

Berlin. Am 17. Mai starb unser Kollege Ernst Schönstein an Lungen- und Nierenkrankheit im Alter von 25 Jahren.

Schw.-Gmünd. Am 14. Mai verschied nach langwieriger Lungenkrankheit unser Kollege Julius Kolb, Goldarbeiter, Weggau, im 23. Lebensjahre.

Söln-Kalk. Am 24. Mai verschied unser langjähriges Mitglied, Kollege Johann Reiz, Keramiker, an Influenza.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Bochum II. Mitgliederversammlung nicht am 5. Juni, sondern am Sonntag, den 12. Juni, vormittags 11 Uhr im Salomanhof.

Barmen. Samstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Herrn Einemann, Oberbörnerstr. 69.

Essen (Stadt). Freitag, den 10. Juni, Vorstands- und Vertrauensmänner-sitzung. Samstag, den 11. Juni, Versammlung, jedesmal im „Biereck“ Breitestr. 114.

Essen. Sonntag, den 6. Juni, morgens 11 1/2 Uhr Versammlung bei Pauls, Großer Markt.

Duisburg. Freitag, den 10. Juni, abends 1/9 Uhr bei Rüppel, 9 Anheimerstr. 61, Mitglieder-versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Mendorf. Sonntag, den 6. Juni, morgens 11 Uhr bei Pumptal, Mitglieder-versammlung.

Duisburg-Hamborn. Sonntag, den 6. Juni, morgens 10 Uhr bei Langhoff, Ede Emscher u. Deelerstr. Mitglieder-versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Wan'eim. Dienstag, den 7. Juni, abends 1/7 Uhr bei Reich Mitglieder-versammlung, sowie Betriebsbesprechung der Metallhütte.

Duisburg-Saar. Sonntag, den 12. Juni, morgens 1/12 Uhr bei Janen außerordentliche Mitglieder-versammlung.

Düsseldorf. Sonntag, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr gemeinsame Mitglieder-versammlung, Paulushaus, Soufflerstr.

Düsseldorf (Schmiede und Zuschläger). Mittwoch, den 8. Juni, abends 9 Uhr Branchenversammlung im Lokale Reuter, Kloster- und Oststraße-Ecke.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 12. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-versammlung im Lokale Esser, Gumbertstraße.

Düsseldorf-Oberfassel. Sonntag, den 12. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-versammlung im Lokale Rosler, Quaslar 58.

Düsseldorf. (Klempner und Installateure.) Freitag, den 8. Juni, abends 9 Uhr im Lokale Reuter, Ost- und Klosterstr.-Ecke.

Dorsten. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Hüter.

Durlach. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Lokal zum Bahnhof.

Essen-Borbeck. Sonntag, den 6. Juni, vorm. 11 Uhr Mitglieder-versammlung bei Wölhoff, Germania-Platz.

Essen-Folkerhausen. Sonntag, den 6. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-versammlung bei Buchner, Hobeisenstr.

Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 6. Juni, morgens 1/11 Uhr Mitglieder-versammlung im Eiseler, Beufstr.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 6. Juni, morgens 11 Uhr Mitglieder-versammlung bei Körner, Egerrothstr.

Essen-Steele-Krah. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung bei Koenigs, Gaußstr.

Essen-Ortsverwaltung. Hiermit machen wir nochmals die Kollegen sämtlicher Sektionen auf unser am 5. Juni im städtischen Saalbau stattfindenden 10 jährigen Gründungsfest aufmerksam und erwarten vollzählige Erscheinung. Mitgliedslisten zum Preise von 75 Pf. sind bei den Vertrauensleuten und auf der Verwaltungsstelle zu haben.

Eisenach. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Konzerthaus Clemda.

Erdenwick (Zechenmetallarbeiter). Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung bei Raufsch.

Hensberg. Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung bei S. Riese, Marienstr. 1.

Himmelfeld. Zechenmetallarbeiter. Freitag, den 8. Juni, Versammlung bei Dohrenrecht.

Helsenkirchen-Bulmke. Freitag, den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr bei eichede.

Helsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr Versammlung bei Masius.

Helsenkirchen-Schalke. Samstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr bei Wegemer.

Horburg. Sonntag, den 12. Juni, nachm. 3 Uhr, in der Wirtschaft A. Soudrell allgemeine Arbeiter-versammlung. Referent: Peter Bäcker-Saarbrücken.

Halle. Samstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Restauration Schulte, Pfännerhöfe 74.

Hamm (Westf.). Sonntag, den 6. Juni, 10 Uhr Sitzung des Vorstandes und der Bezirksvorsitzer. 11 Uhr Mitglieder-versammlung im Gewerkschaftshaus.

Hierlohn. Samstag, den 28. Mai, abends 1/9 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Hennebell, Schillerplatz.

Karlruhe. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Seithel, Kaiserallee 27.

Kiel-Gaarden. Dienstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung im Gasthof „Zum Seeabder“, Schönbergerstr. 49.

Reheln. Sonntag, den 12. Juni, nachm. 2 Uhr im Gelleghause Mitglieder-versammlung. Vortrag eines auswärtigen Kollegen.

Delbe. Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Lokale Sommer Mitglieder-versammlung mit Vortrag.

Ravensburg-Weingarten. Samstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr im Lokal-Wacht am Rhein Mitglieder-versammlung.

Recklinghausen. Mitglieder-versammlung Sonntag, den 6. Juni, vorm. 11 Uhr bei Bogt, Klinkerstr.

Stettin. Sonntag, den 5. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Schulzowitz, Blumenstr. 10.

Thale a. S. Sonntag, den 12. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung im „Braunen Hirsch“ mit Vortrag. Referent: Kollege Venneberg.